

# Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.  
Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.  
Fernsprecher: Amt Norden 11007 und 11008.

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Dienstag, den 24. Dezember 1918

Nummer 72

## An die Partei!

Nur kurze Zeit trennt uns von den Wahlen. Es werden die bedeutungsvollsten Wahlen sein in der Geschichte des deutschen, des internationalen Sozialismus. Bewußt, auch in der schwersten Zeit ihre sozialistische Pflicht erfüllt zu haben, geht die Partei in den Wahlkampf.

Als der Krieg Verwirrung in die Reihen des Proletariats brachte, sammelten sich die Genossen, die unerschütterlich den Prinzipien der Internationale treu geblieben waren, und gründeten die U. S. D. V. Keinen Augenblick wankte die Partei in der schärfsten Bekämpfung des Krieges. Sie wies jedes Kompromiß mit den schuldigen Kriegshäuptern, mit den Kriegsverlängerern und ihren sozialistischen Helfern zurück. So bereitete sie jene Tage vor, in denen die Revolution die alte Gewaltherrschaft stürzte, der Massenschlächtere ein Ende bereitete und die sozialistische Republik begründete.

Die Tage seit der Revolution haben gezeigt, daß die historische Aufgabe der Partei damit nicht erfüllt ist. Die Klassen in Stadt und Land haben zwar erkannt, daß nur der vollständige politische und wirtschaftliche Neuaufbau die Rettung für die ungeheuren Kriegsschäden zu finden ist. Aber die rechtssozialistische Führerschaft geht nur allzu langsam und zögernd ans Werk. Sie fürchtet den Bruch mit den bürgerlichen Parteien, mit denen sie so lange in enger Gemeinschaft gewirkt hat. Sie schreckt zurück vor der notwendigen Fortführung der Revolution, vor den notwendigen Maßnahmen ihrer Sicherung und der Niederhaltung der Gegenrevolution.

Der Verlauf der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte hat erneut den Beweis erbracht, daß alle energischen und durchgreifenden Maßnahmen auf den Widerstand der Rechtssozialisten stoßen. Die wichtigsten und unumgänglich notwendigen Forderungen der Soldaten benehmen ihrem Widerstreben, und die Ausführung der Beschlüsse ist bei dem Widerstand der Heeresleitung nicht gesichert. Die Anträge der Unabhängigen Sozialdemokratie auf Wahrung der Rechte des Zentralrates wurden von ihren Anhängern niedergestimmt. Die revolutionäre Energie wurde nicht gestärkt, sondern geschwächt.

Die U. S. D. V. erhält so die Aufgabe, als Trägerin einer prinzipiellen sozialistischen Politik für die Verwirklichung des Sozialismus in der revolutionären Epoche bis zum endgültigen Siege zu kämpfen. Die Partei verkennt nicht, daß die Hauptschlacht geschlagen werden muß zwischen

Berlin, den 23. Dezember 1918.

Die Parteileitung der U. S. D. V.

## Selbstständigkeit der Partei.

Von Luise Zick.

Die Rechtssozialisten sind unablässig am Werk, um den Arbeitern zu suggerieren: Das Interesse des Proletariats erfordert die Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteien. Um ihr Ziel zu erreichen, sind ihnen alle, auch die bedenklichsten Mittel, recht. In jeder Weise wird gegen die U. S. D. V. gearbeitet, insbesondere der „Vorwärts“ leistet dabei das Unlaublichste.

In der Provinz schlägt man eine andere Taktik ein, da suchen die Scheidemannier unsere Ortsgruppenleiter auf und geben vor: Zwischen den beiden Parteileitungen seien bereits Einigungsverhandlungen im Gange, diese könne man fördern, wenn inzwischen die Ortsgruppen die Verschmelzung zur Tatsache machen würden. Eine Fülle von Aufzählungen aus den verschiedensten Gegenden des Reiches, in denen meistens ganz ernst angefragt wurde, ob es wahr sei, daß von uns die Einigung betrieben werde, bei ihnen wolle davon kein Mitglied der U. S. D. V. etwas wissen, gaben uns Kenntnis von diesem Treiben.

Selbstverständlich haben wir geantwortet: die Parteileitung denke gar nicht daran, Einigungsverhandlungen einzuleiten oder irgendwie zu betreiben.

dem vereinigten Bürgertum auf der einen Seite und dem Proletariat auf der andern Seite. Denn in diesem Wahlkampf handelt es sich nicht mehr um einzelne politische oder wirtschaftliche Forderungen der Arbeiterklasse, sondern es geht um die Aufhebung der Klassenherrschaft überhaupt, um die Erziehung der kapitalistischen Ausbeutung durch die sozialistische Gesellschaft der in Freiheit und Gleichheit verbundenen Menschheit. Soll aber dieses höchste Ziel, um das je gerungen worden ist, erreicht werden, so bedarf es der Vorkämpfer, die unbehindert um jede Rücksicht auf die Begier, unbelastet von einer schuldbeladenen Vergangenheit, die Wegbereiter des Neuen sein können. Um ungehindert diese Aufgabe erfüllen zu können, muß die U. S. D. V. in voller Geschlossenheit und Selbstständigkeit in den Wahlkampf eintreten.

Die Partei erwartet von allen ihren Genossen, daß sie mit ganzer Kraft die Zeit ausnützen zur Werbung für die sozialistischen Ideen, zur Aufrüttelung der Massen, zur Gewinnung neuer Kämpfer.

Wir wollen behaupten, was wir erobert haben: die volle Demokratie in der neuen deutschen einheitslichen Republik. Wir wollen die Eroberung der Staatsmacht als Hebel benutzen, um die kapitalistische in die sozialistische Gesellschaft umzuwandeln.

Wir fordern, daß alles geschieht und mit aller Beschleunigung geschieht, was sofort an Sozialisierung geleistet werden muß. Wir fordern insbesondere die Erklärung aller Bodenschätze und Kraftquellen zum Eigentum der Nation und die rascheste Durchführung aller Maßnahmen, die dieses Eigentum verwirklichen.

Wir fordern, daß die Lasten des Krieges durch umfassende Besteuerung der Einkommen, Vermögen und Erbschaften und Konfiskation der großen Kriegsgewinne auf die Besitzenden abgewälzt werden, deren Völlerei den Krieg verursacht hat. Wir fordern eine Verfassung, in der die Grundsätze der Demokratie restlos und befreit von allen bürgerlichen Traditionen verwirklicht sind. Dafür wollen wir jetzt die Massen zu gewinnen suchen.

Gegen die Beherrschung der Menschen durch Menschen, für Freiheit und Gleichheit!

Gegen kapitalistische Ausbeutung, für sozialistische Brüderlichkeit!

In dem ersten Aufruf der Parteileitung, der nach der Revolution erschien, ebenso in unserem Aufruf an die Internationale und in unserem Aufruf zur Wahlbeteiligung für die Nationalversammlung ist scharf und klar zum Ausdruck gebracht, daß wir die Selbstständigkeit unserer Partei als geschichtliche Notwendigkeit betrachten.

Und der Aufruf zur Wahlbeteiligung erfolgte am Tage noch einer Reichskonferenz, die aus allen Wahlbezirken des Reiches stark besetzt war, in der mit allen gegen eine Stimme beschlossen worden war: Wir bleiben eine selbständige Partei, wir gehen mit eigenen Listen in den Wahlkampf.

Durch diese Beschlüsse ist ganz unzweideutig der Wille der Parteigenossen und der Leitung zum Ausdruck gebracht. Bei der Ansprache in der Reichskonferenz wurde wiederholt erklärt: Wenn einzelne Personen die Politik der Rechtssozialisten mitmachen wollen, siehe ihrem Abmarsch in niemand im Wege, die Partei der U. S. D. V. halte an ihrer grundsätzlichen Politik und an ihrer organisatorischen Selbstständigkeit fest.

Wir meinen, das ist deutlich! Wie aber sind wir zu diesen Beschlüssen gekommen? Ist es Eigenhinn, der auf das Interesse des Proletariats keine Rücksicht nimmt? Spricht aus ihnen die tiefe Bitterkeit über all das Schändliche, was uns die Rechtssozialisten im jahrelangen Bruderkampf durch Verleumdung, Denunziationen, Bergewaltigung antaten? Nein, sicherlich nicht!

Wenn gleich es menschlich nur allzu begreiflich wäre, wenn wir angesichts des ungeheuren Sündenregisters der Rechtssozialisten erklären würden: mit ihnen gibt es keine Gemeinschaft.

Oder lehnten wir die Verschmelzung ab, weil die Rechtssozialisten durch ihre verberbliche Kriegspolitik so sehr kompromittiert sind, daß wir deshalb uns nicht mit ihnen organisatorisch vereinigen können?

Das wäre sicherlich Grund genug, politisch unser Verhalten zu erklären und zu rechtfertigen. Denn wieder und wieder müssen wir daran erinnern, daß die Rechtssozialisten alle Regierungen während des Krieges unterstützten, ihnen die Mittel zum Kriegsführen bewilligten, auch dann noch, nachdem der preussische Militarismus dazu dienen mußte, in Finnland die sozialistische Republik niederzuschlagen und Zehntausende unserer finnischen Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern, die sich ergeben hatten, durch deutsche Maschinengewehre in die Gräber zu schicken, die sich die dauernden wertvollen Todesopfer selbst hatten graben müssen.

Die Rechtssozialisten haben die alte, verbrecherische Regierung auch dann noch unterstützt, als der Gewaltfrieden mit Rußland, der Ukraine und mit Rumänien geschlossen wurde, gegen den sie nicht einmal zu stimmen wagten.

Sie haben sich bedingungslos hinter die einander obliegenden Regierungen gestellt und damit an der Verlängerung des Krieges mitgewirkt und die Mitschuld für die unzähligen Opfer des Krieges auf sich geladen, trotzdem ihnen so gut, wie allen Politikern zahlreiche Dokumente bekannt waren, durch welche die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Krieges erwiesen wurde, durch die bekannt wurde, daß Deutschland wiederholt Friedensmöglichkeiten vernichtet hatte. Uns haben sie beschimpft, wenn wir auf diese Tatsachen verwiesen, die z. B. vom Genossen Gause in seinen Reichstagsreden unter dem Zutagebeil der Reichstagsmehrheit angeprangert wurden. Tatsachen, die später von Schulze, Gavernig u. a. in den Tagesblättern besprochen worden sind.

Die Rechtssozialisten haben während der ganzen Dauer des Krieges den Klassenkampf abgeschworen und jede selbständige Bewegung des Proletariats unterdrückt. Die Aufrufe ihres Parteivorstandes und der Generalkommission, in denen der Friedensschrei der streikenden Arbeiter verunglimpft und als Landesverrat denunziert wurden, sind bei Gerichtsverhandlungen des Reichsgerichts gegen unsere Genossen und Genossinnen als Belastungsmaterial vom Staatsanwalt verwendet worden, um die Angeklagten des „Landesverrats“ zu überführen und sie ins Zuchthaus zu senden.

So ist von jener Seite alles geschehen, um den Kampf der Arbeiter für Beendigung des Krieges wirkungslos zu machen. Bis zum Tage der Revolution ist diese Bekämpfung der revolutionären Arbeiterbewegung fortgesetzt worden, dafür sind die Nummern des „Vorwärts“ unwiderlegliche Beweise. Dafür ist Beweis ein Flugblatt, das am Tage der Revolution in den Großbetrieben Berlins verbreitet wurde. Es trägt die Unterschrift: „Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, es fordert die Arbeiter auf, nicht auf die Straße zu gehen, nicht den Aufrufen von Kinderheiten zu folgen, denn — Scheidemann habe dem Kaiser nahegelegt, abzutanken und der Parteivorstand werde alles aufbieten, um — baldmöglichst die vielen Einziehungen rückgängig zu machen. (Dabei erinnere man sich, daß kurz vorher der „Vorwärts“ Stimmung machte für die „nationale Verteidigung“.)

Dieses Sichstemmen gegen die Revolution erfolgte noch am 9. November, dem Tage der Revolution in Berlin, nachdem in Kiel, Hamburg, München und anderswo bereits die Macht in den Händen der Arbeiter und Soldaten lag. Blühenderweise folgten die Arbeiter uns und nicht den Rechtssozialisten und als die Hauptarbeit am Revolutionstage getan war, paßten sich jene schleunigst der Situation an. Der Mund Scheidemanns, der gegen die Revolution gerufen hatte, war kaum geschlossen, um sich alsbald wieder zu öffnen: die Revolution, zu preisen und die sozialistische Republik auszurufen, als seine Augen sahen, daß die verpönte Revolution siegreich war.

Im Gegensatz zu den Rechtssozialisten haben wir die Kriegspolitik auf das Schärfste bekämpft, haben die Arbeiter aufgerufen zum Kampf gegen sie. Durch unsere Kriegspolitik und unsere Agitation haben wir die geistige Vorbereitung der Revolution getroffen, die jene bekämpften.

Wir haben also alle Urjache, zu erklären: Wir sind vom tiefsten Mißtrauen gegen die Rechtssozialisten erfüllt, wir sind der Ueberzeugung: der Feind von gestern kann kein zuverlässiger Freund von heute sein, wir bleiben deshalb selbständig als U. S. D. V.

Diese Argumentation würde unser Verhalten jedoch nur halb begründen.

Die Politik der Rechtssozialisten seit der Revolution hat bereits zur Evidenz erwiesen, wie berechtigt unser Mißtrauen ist.

Zu den alten Sünden vor der Revolution sind neue, nicht minder schwere nach der Revolution gekommen.

Salbtheit und Doppelzüngigkeit kennzeichnen ihre Politik auch nach der Revolution in all ihren Maßnahmen. Nur wenige Beispiele mögen diese Tatsache erhärten. Bereits am Tage der Revolution, als die David, Scheidemann und Ebert uns ersuchen, in die Regierung einzutreten, machte David den Vorschlag: vom Kaiser und dem Kronprinzen Abdankung zu verlangen, dem Enkelkind Wilhelms jedoch die Krone zu erhalten. Er wollte also die Monarchie, nach siegreicher Revolution, wieder errichten.

In der Nacht vom 9. zum 10. November versuchten Rechtssozialisten unter Führung Antritts den provisorischen Soldatenrat zum Staatsstreich zu verleiten, indem sie sie aufzuputtschen versuchten, nicht zur Soldatenratswahl zu schreiten und nicht in die konstituierende Versammlung des Rikfus Busch zu gehen. Durch den Genossen Stein, der diese Aufreizungen mit angehört hatte, wurden die Soldaten von der Durchführung dieses verbrecherischen Vorschlages abgehalten.

In derselben Nacht setzte dann noch ein Aufheben der Soldaten gegen uns ein, durch Flugblattverteilung und mündlich Verleumdung, deren Erfolg sich in der Stimmung im Rikfus Busch am Abend des 10. November zeigte.

Dieses Aufheben der Soldaten gegen uns ist fortgesetzt worden bis auf den heutigen Tag, während heuchlerisch die „Einigkeit“ gepredigt wird.

Unsere Genossen sind in die Regierung eingetreten unter bestimmten Bedingungen, davon war die eine: Der Arbeiter- und Soldatenrat ist als Träger der politischen Macht anzuerkennen.

Auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte stimmte sich Ebert mit aller Macht gegen die Anerkennung dieses Rechts, setzte dessen Einschränkung durch, worauf die Mitglieder der U. S. V. den Eintritt in den Volksgenrat ablehnten.

Im Kabinett wurde vereinbart, nach heftigem Kampfe seitens unserer Mitglieder: die Wahl zur Nationalversammlung soll vorbehaltlich der Zustimmung des Rätekongresses, am 16. Februar stattfinden, Ebert als Mitglied des Kabinetts hält Soldaten- und Volksversammlungen ab, in denen er für die Wahl am 19. Januar Stimmung macht.

Derselbe Ebert beschuldigt jedoch den Genossen Barth der Unkollegialität, wenn er spricht, über noch schwebende Verhandlungen, bei denen er den Widerstand der Rechtssozialisten bereits zu spüren bekam: als es sich darum handelte, den berichtigten Grenzschutz zu beseitigen, der von so ungemein verhängnisvollen Folgen für unsere innere und äußere Politik werden kann.

Statt ihre ganze Kraft zur Bekämpfung der Konterrevolution und den offenen Hochverrat des Zentrums zu richten, wird Tag für Tag der Kampf gegen links geführt und damit jene Atmosphäre erzeugt, in der die Konterrevolution prächtig gedeiht.

Die Forderungen der Soldatendeputationen auf dem Kongreß, Selbstverständlichkeiten im Interesse der Revolution, für die wir unausgesetzt eingetreten sind, werden verächtlich und verunglimpft. Ihrem Widerstand ist es geschuldet, daß das Auswärtige Amt noch immer nicht gesäubert ist von den Konterrevolutionären.

Die Trennung von Staat und Kirche, eine Forderung des Erfurter Programms, das angeblich auch für die Rechtssozialisten gilt, wird als Vorwand genommen, um gegen Adolf Hoffmann zu gehen, der damit Schuld sein soll an dem Hochverrat des Zentrums, das auf die Loslösung einer Rheinisch-westfälischen Republik vom Deutschen Reiche hinarbeitet.

Nur wenige Beispiele, die sich stark vermehren lassen, die aber deutlich zeigen, daß von einer zielklaren Politik bei den Scheidemännern nicht die Spur anzutreffen ist.

Von den bürgerlichen Schichten der Bevölkerung werden sie dann auch, mit Recht, als die Schützer der Kapitalisteninteressen angesehen.

Daraus ergibt sich, daß wir als selbständige Partei eine wichtige historische Aufgabe zu erfüllen haben: die Regierung zu überwinden und vorwärts zu treiben zur schnellen energischen Inangriffnahme der Sozialisierung.

Insbondere aber: die Massen der Arbeiter unter unserer Fahne zu scharen zu einer energischen, zielklaren sozialistischen Politik, zur Rettung der Revolution.

Das Interesse des Proletariats erfordert also nicht Verschmelzung der Parteien, wobei es den grundsätzlichen Sozialisten fast zu geben würde, wie den U. S. V. Vertretern auf dem Aktionsrat, sondern: Selbständigkeit der U. S. V. als treue Verfechterin der Ideale des Sozialismus, als Hüterin der Revolution und ihrer Errungenschaften.

## Die Schuldigen.

Der letzte Ministerpräsident der ehemals österreichisch-ungarischen Monarchie, Professor Dr. Lammasch, gewählte einem Korrespondenten der „Daily News“ eine Unterredung, in der er sich über die österreichische Politik während des Krieges äußerte. Seine Mitteilungen wirken wie eine einzige große Anklage gegen die Politik der damaligen deutschen Machthaber. Neuerdings bringen sie den dokumentarischen Beweis, daß die deutschen Gewaltpolitiker es waren, die immer wieder einem Verständigungs-frieden entgegenarbeiteten und die von Oesterreich kommenden Bemühungen, ein Ende des Krieges herbeizuführen, vereitelten.

Von dem Kaiser Karl sagte Professor Lammasch, daß seine Friedensbemühungen aufträchtig gewesen seien und vom ersten Tage seiner Regierung an datiert hätten.

Das erste Friedensangebot der Mittelmächte im Dezember 1918 entsprang seiner Anregung. Deutschland gab seine Einwilligung nur widerstrebend, und der italienische Kon., in dem dieses Friedensangebot gehalten war, entsprang der deutschen Beeinflussung.

Professor Lammasch berichtete dann über weitere Bemühungen Oesterreichs, zu einem Frieden zu kommen, die jedoch von Deutschland nicht unterstützt oder geradezu bekämpft wurden:

„Es könnte von historischem Wert sein, daß Kaiser Karl mir bereits am 17. Juli dieses Jahres den Ministerpräsidenten-

posten anbot. Ich war bereit, diese Berufung anzunehmen, jedoch nur unter der Bedingung, daß auf Deutschland ein Druck zur Annahme folgender Bedingungen ausgeübt werden müßte:

1. Räumung und Entschädigung Belgiens.
  2. Volle Autonomie und, wenn nötig sei, Gewährung einer republikanischen Staatsform für Ufa-Rohrungen und volles Selbstbestimmungsrecht aller fremden Volksteile im Deutschen Reiche.
  3. Oesterreichisch-ungarische Gebietsabtretungen an Italien im italienischen Teil Tirols und im Trentino.
  4. Vereinigung der südslawischen Staaten mit Anschluß an Oesterreich-Ungarn unter der Bewilligung gleicher Rechte.
- Kaiser Karl war mit diesen Bedingungen einverstanden, jedoch, (ich kann es, zwar nicht mit unbedingter Bestimmtheit sagen) ich glaube, daß Graf Czernin gegen die Annahme dieser Bedingungen stimmte. Es ist aber sicher, daß die deutsche Militärpartei und Schwerindustrie ihre starke Abneigung gegen diese Bedingungen bekundete. Am 21. Juni 1917, ich glaube es war unmittelbar nach der großen Debatte über die bekannte Friedensresolution des Deutschen Reichstages, versicherte Deutschland ernsthaft Kaiser Karl, daß die russischen und italienischen Drohungen gegen die österreichisch-ungarische Monarchie endgültig vernichtet seien. Nun wurden keine Schritte mehr getan, um diese meine Friedensvorschlüge zu beachten. Im Januar 1918 nach den bekannten Unterhandlungen, die ich in der Schweiz hatte, drängte ich den Kaiser, Deutschland zu veranlassen, einen Frieden zu den oben skizzierten Bedingungen zu schließen. Kaiser Karl tat dies auch und exponierte sogar seine eigene Person. Aber wieder ohne Erfolg, denn die gleiche Abneigung und Gegnerschaft offenbarte sich wie damals wieder jetzt im deutschen Großen Hauptquartier und nichts wurde in der Friedensfrage getan.

Auf die Frage des englischen Journalisten, welcher Art zuletzt das Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn gewesen sei, antwortete Professor Lammasch:

„Freundschaftlich, aber doch etwas gespannt. Wir waren fortgesetzt bemüht, auf Deutschland in der Friedensfrage einen Druck auszuüben, aber unser Verbündeter lehnte dem immer Widerstand entgegen. Der letzte Entschluß des Kaisers den Alliierten einen Sonderfrieden anzubieten, erfolgte aber erst, nachdem der Deutsche Kaiser vorher von diesem Schritte verständigt worden war. 48 Stunden, bevor wir unser Angebot machten, hatte Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm folgendes telegraphiert:

„Ich fühle mich durch die gegenwärtigen außerordentlich schwierigen Umstände gezwungen, einen Separatfrieden zu schließen.“

Kaiser Wilhelm antwortete ihm mit einem Telegramm, in dem er ihn hat, diesen verachtungsvollen Schritt aufzuschieben.

Die Entscheidung war aber unumkehrbar!

Wieder bestätigt sich also, daß die deutschen Machthaber die treibende Kraft in diesem Kriege waren. Ungeheuer ist die Schuld, die sie auf sich geladen haben. Nicht Kraft genug kann mit ihnen abgerechnet werden. Alles muß daran gesetzt werden, doch mit dem 9. November ihre Macht endgültig gebrochen und beseitigt ist!

## Kautsky über die Schuldfrage.

Rotterdam, 23. Dezember. Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldete der Berliner Korrespondent der Daily News, er habe eine Unterredung mit Kautsky gehabt, der in den Archiven des Auswärtigen Amtes Nachforschungen über die Schuldfrage anstelle. Nach Kautsky verteile sich die Schuld am Kriege stufenweise folgendermaßen:

1. auf den Kaiser und den Kronprinzen, 2. auf Ludendorff und Trepow, 3. auf die kaufmännlichen Magnaten und 4. auf die Aldeutschen. — Was England betreffe, sagt Kautsky, so würden die dortigen Archive wahrscheinlich ergeben, daß Lichnowsky richtig vorgegangen ist.

## „Berliner Revolutionsbilder“.

„Berliner Revolutionsbilder“ entwirft die „Kreuzzeitung“ ihren ländlichen Lesern, die indessen auch für die Berliner Arbeiter Interesse haben. Denn diese können daraus ausgezogen lernen, mit welchen Sympathien sie in den der „Kreuzzeitung“ nahestehenden Kreisen des Junkertums und der Bourgeoisie zu rechnen haben.

Der Kreuzzeitungsman spricht von den fast hunderttausend Arbeitslosen in Berlin: für ihn „treiben sie sich in Berlin herum“; „die Straßen und alle Verkehrsmittel sind voll von herumlungern den“. Nur die „schlechten Elemente“ bleiben nach dem Artikel-schreiber in Berlin.

Über bei der Entlassung gewählten neuen Uniformstücke haben sie längst verfallend. Am Potsdamer Platz und in der Friedrichstraße sieht man den feldmaralen Orgelpfeiler und den Zigarrenverkäufer neben schmutzigen Gesellen, die mit breitem Bescherel die „Freiheit“ und die „rote Fahne“, den „Vorwärts“ dem Vorübergehenden anpreisen.

Besonders haben es dem Mann die Matrosen angetan. Nachdem er sich über die schlechte Haltung der Sicherheitsmannschaften aufgehalten hat, fährt er fort:

„Oft gestellt sich zu ihnen der Matrose, noch rüberen Tones, als die anderen Stützen des revolutionären Regimes. Mit besonderer Verachtung gleitet der Blick über sie, die zuerst den Eid brachen, die lange Zeit vorher, als wir noch mitten im Kampfe standen, die Umwälzung betrieben.“

Dieser, die unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Propaganda die Front verließen, sind dem Ordnungsmann der „Abichaum der einst stolzen Soldateska“; ihnen werden ohne weiteres Einbrüche und Ueberfälle in die Schuhe geschoben. „Denn die für die Erwerblosen gezahlten Beträge reichen für diese Herren nicht aus. Arbeit aber will keiner; diese Zeiten sind vorüber.“

Was an Schmähungen der Revolution erdacht werden kann, das giebt der Kreuzzeitungsschreiber über sie aus. Die Revolution zerstöre alles, was an den Begriff der Ordnung, der Pflicht, der Moral, der geschichtlichen Ueberlieferung mochten könnte. „Aus der Revolution der Sozialisten ist die des Mobs geworden.“

In diesem Stile geht es weiter. Der Mann, der diese Schimpfereien losläßt, erwähnt auch die Langvergnügungen und den Vergnügungsaumel der „besseren“ Kreise. Aber darüber gleitet seine Feder rasch hinweg. Da liest man nichts von „Mobs“ und „Gesellen“ und „Abichaum“ und wie die Schmeichelmorte sonst noch heißen, die er so reichlich für die Arbeitslosen, die Straßenverkäufer der Zeitungen, die Recht und soziale Neugebaltung heischenden Proletariat hat.

Wenn die Berliner Arbeiterkraft noch aufgestaut zu werden brauchte, ihren Kampf für die Neuordnung der Ge-

selltschaft auf der Grundlage der sozialistischen Wirtschaft fortzusetzen, so sollten nur recht häufig derartige „Revolutionsbilder“ entworfen werden.

## Neue Wahlerfolge in Braunschweig.

Nachdem kürzlich in Braunschweig Stadtverordnetenwahlen stattgefunden hatten, bei denen die Unabhängige Sozialdemokratie weitaus die meisten Stimmen auf sich vereinigte, fanden am 22. im ganzen Herzogtum die Wahlen zum Landtag statt, selbstverständlich auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts für Männer und Frauen nach dem Verhältniswahlsystem.

Bei den Wahlen im ganzen Herzogtum erhielten Mehrheitssozialisten und Unabhängige ungefähr gleichviel Stimmen, nämlich die erstgenannten 44 110, die Unabhängigen 42 750 Stimmen. Die Demokratische Volkspartei brachte es auf 38 120, der „Landeswahlverband“, d. h. die Vereinigung der rechtsstehenden Parteien, auf 43 500 Stimmen. Insgesamt wurden also 81 700 bürgerliche und 86 850 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Ein neuer Verein für die Wohlthätigkeit, auch bei den Nationalparlamentarischen Wahlen eine sozialistische Majorität zu erzielen!

In der Stadt Braunschweig erhielten die Unabhängigen diesmal 23 500 Stimmen, etwa 100 Stimmen weniger als bei den Stadtverordnetenwahlen; die Mehrheitssozialisten blieben etwa 3700 Stimmen ein, so daß sie es nur noch auf 13 430 Stimmen brachten; die Demokratische Volkspartei gewann etwa 300 Stimmen und erzielte jetzt 18 360 Stimmen, während der Landeswahlverband bei 15 000 Stimmen, die insgesamt für ihn abgegeben wurden, 100 Stimmen einbüßte.

Alles in allem können wir mit dem Ergebnis von Braunschweig zufrieden sein. Möge es eine gute Vorbildung für die kommenden Wahlen sein und zugleich ein Ansporn, alle Kraft einzusetzen, um auch weiterhin Erfolg zu erringen.

## Die Wahlen in den besetzten Gebieten.

Berlin, 23. Dezember. Um die Wahlfreiheit für die Nationalversammlung in den besetzten Gebieten zu sichern, sind von Seiten der Deutschen Botschaftskommission am 23. nachmittags in Spaa folgende dringende Forderungen überreicht worden:

1. Freiheit für alle amtlichen Bekanntmachungen über die Nationalversammlung.
2. Freiheit für alle staatlichen Organe, welche mit der Aufstellung der Wahllisten, Leitung der Wahlhandlung, Entscheldungen über Beschwerden über die Aufstellung der Wahllisten, Feststellung des Wahlergebnisses usw. beauftragt sind.
3. Baldigste Regelung des gesamten Personenverkehrs zwischen den besetzten und nicht besetzten Gebieten im Sinne weitherzigen Entgegenkommens, wie es Marshall Hoch in Trier ausgingt. Insbesondere müssen die Vorbereitungen für die Aufstellung der Wahlvorstände ungehindert alsbald getroffen werden können. Die Wahlvorschlüsse sind bis zum 4. Januar bindend festzulegen. Die Parteiführer müssen also die Möglichkeit haben, ungehindert nach im rechts- und linksrheinischen Gebiet zu treffen, da die Wahlfreiheit besetztes und nicht besetztes Gebiet umfassen. (Die Erfüllung dieser Forderung ist besonders wichtig, da sonst die ganze Wahlhandlung ungültig sein könnte.)
4. Freiheit des Personenverkehrs innerhalb der gesamten besetzten Gebiete, so daß Redner und Agitatoren, welche in dem besetzten Gebiete wohnen, sich dort frei bewegen können.
5. Versammlungsfreiheit für alle Wahlversammlungen zur Nationalversammlung, Freiheit in der Verteilung der Flugblätter, Stimmzettel, evtl. unter Aufsicht der Besatzungsbehörden.
6. Freie Zulassung der rechtsrheinischen Zeitungen mindestens bis zum Tage der Nationalversammlung (19. Januar).

## Die mehrheitssozialistischen Kandidaten für Berlin und Teltow.

Dem „Vorwärts“ zufolge fanden am Sonntag Konferenzen der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Teltows statt, die sich mit der Aufstellung der Kandidaten zur Nationalversammlung beschäftigten. Diese vorläufigen Vorschlagslisten sollen am Freitag den Wahlkreisevereinen und dann am Sonntag zur endgültigen Beschlussfassung der Gesamtorganisation von Berlin vorgelegt werden.

Vorschläge wurden für Berlin: Ebert, R. Fischer, H. Heimann, R. Schmidt, E. Ernst, Frau Wilm-Schuch, Frau Martha Hoppe, Pfannkuch, Boesch, Ritter, Wuschel, Paul Girsch und Heilmann. Für Teltow: Ebert, Krüger, Frau Rhned, Thurom, Bagels, Haj, Ad. Cohen, Ritter, Gertrud Scholz.

## Abkündigung der Orden und Titel.

Berlin, 23. Dezember. Die preussische Regierung erläßt folgende Bekanntmachung: Die Verleihung von Orden und Titeln hinfert nicht mehr statt, doch ist es jedermann gestattet, ihm früher verliehene Orden, insbesondere auch Kriegserinnerungszeichen, weiter zu tragen. — Die Verleihung von Titeln findet ebenfalls nicht mehr statt. Verliehene Titel können weitergeführt werden. — Für die Beamten wird eine Neuregelung der Amtsbezeichnungen im Anschluß an die in Aussicht stehende Reform des Beamtenrechts und der Beförderungsverhältnisse vorgenommen werden. Bis dahin bleiben für sie die bisherigen Bestimmungen über Amtsbezeichnungen bestehen.

## Wilderungen des Strafvollzuges.

Berlin, 22. Dezember. Eine neue Verfügung des Justizministers Dr. Rosenfeld bringt wesentliche Wilderungen des Strafvollzuges. Das Schweigegebot für die Gemeinschaft wird aufgehoben, der Briefverkehr der Gefangenen freier gehalten, das Halten von Tageszeitungen ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit in weitem Umfange zugelassen und der Tabakgenuss erleichtert. Aus den Wilderungen der Disziplinarstrafen ist hervorzuheben, daß die Strafen der körperlichen Züchtigung und der Fesselung soweit sie überhaupt noch bestanden, ganz beseitigt werden und der Dunkelarrest fortan höchstens bis zur Dauer von sieben Tagen (statt bisher vier Wochen) verhängt werden darf. Am Schluß der Verfügung bringt der Justizminister seine Erwartung zum Ausdruck, daß die im Strafvollzuge tätigen Beamten es sich angelegen sein lassen werden, unter Wahrung des Grades der Strafe durch gerechte und wohlwollende Behandlung die geistige und sittliche Sebung der Gefangenen tunlichst zu fördern.

# Bedauerliche Vorfälle.

## Matrosen und Kommandantur. — Blutige Zusammenstöße.

Zu bedauerlichen Vorfällen ist es am Montag nachmittag gekommen. Wieder ist Blut in Berlin geflossen. Wegen eines verhältnismäßig geringfügigen Anlasses ist es zu Schieberereien gekommen, bei denen mehrere Volksgenossen ihr junges Leben lassen mußten.

Noch ist nicht alles klargestellt, manche Einzelheiten sind im Augenblick noch nicht zweifellos festzulegen. Gewiß erscheint, daß die Zwischenfälle herausgewachsen sind aus durchaus friedlich gemeinten Demonstrationen der im Schloß einquartierten Matrosen, die auf Grund längerer Verhandlungen das Schloß verlassen und nach Abgabe der Schlüssel ihre Defadenlöschung ausgezahlt erhalten sollten, dabei aber, obgleich sie die Schlüssel auf der Reichskanzlei deponiert hatten, bei der Kommandantur auf Schwierigkeiten stießen. Ob die Matrosen in allem richtig gehandelt haben, ob beispielsweise die Befehle der Reichskanzlei, die auch dabei vorgenommen wurde, angebracht war, bleibt vorderhand dahingestellt. Jedenfalls aber wird genau zu untersuchen sein, wen die Verantwortung dafür trifft, daß es zu dem blutigen Zusammenstoß gekommen ist.

Ueber die ganze Affäre geht uns der folgende ausführlichere Bericht zu:

Die Matrosen sind feinerzeit nach Berlin berufen worden, um die Revolution und die sozialistische Republik zu sichern. Sie haben sich in Kiel und anderen Städten hervorragend an der revolutionären Erhebung des Volkes beteiligt, und das Volk ist ihnen dankbar für ihre Leistungen. Nun wurde auf einmal die Forderung aufgestellt, die Matrosen sollten Berlin verlassen und vor allem Schloß und Marsall räumen. Als sie dieser Aufforderung nicht nachkamen, erhielten sie am 21. d. M. keine Wohnung. Sie warteten bis gestern mittag und einigten sich schließlich dahin, im geschlossenen Truppenkörper vor die Kommandantur zu gehen, um dort durch eine Abordnung fragen zu lassen, warum man ihnen die Wohnung verweigere.

Wels antwortete ihnen, daß sie nicht eher Wohnung bekämen, als bis sie das Schloß geräumt hätten. Die Abordnung gab darauf zu erkennen, daß die untenstehende Truppe den Platz nicht

eher verlassen würde, bis sie ihre Wohnung erhalten habe. Als die Abordnung wieder auf der Straße war, kam aus der Richtung des Brandenburgertores ein bewaffnetes Panzerauto angefahren. Das Panzerauto war nach Ansicht der Matrosen von der Kommandantur telefonisch zur Hilfe gerufen worden und sollte anscheinend den Marsall ausheben. Um dies zu verhindern, versuchten die Matrosen, das Panzerauto anzuhalten. In diesem Augenblick fielen von der entgegengesetzten Seite der Straße Schüsse, durch die zwei Matrosen getötet und mehrere verwundet wurden. Darauf brachten die Matrosen durch Schüsse das Panzerauto zum Stehen. Der Matrosen bemächtigte sich eine ungeheure Erregung. Sie waren vorher eingehend belehrt worden, von der Waffe keinen Gebrauch zu machen, es sei denn, daß man sie gewaltsam angriffe. Die Matrosen behaupten einstimmig, daß auf sie zuerst aus dem Hinterhalt geschossen worden sei. Da sie in Wels den Urheber der gegen sie veranlasseten Feinde und der Schiebererei sahen, begaben sie sich noch einmal in die Kommandantur, besetzten diese mit ihren Leuten und verhafteten Wels sowie seinen Adjutanten Leutnant Fischer.

Außerdem besetzte ein Trupp der Matrosen die Reichskanzlei und sperrte dort für einige Zeit den Verkehr. Das führte dazu, daß auch andere Truppen nach der Reichskanzlei beordert wurden, die nun den Matrosen gegenüber aufgestellt nahmen. Das Bild der Wilhelmstraße sah einige Zeit recht bedrohlich aus. Sogar Kanonen waren aufgeführt. Erst schließlich ging es aber hier ohne Zusammenstöße ab.

Schließlich gelang es dem Volksbeauftragten Barth, zu vermitteln. Er erreichte es, daß sowohl die Matrosen wie die anderen Truppenkörper — es handelte sich um Soldaten, die erst am gleichen Tage aus Finnland zurückkehrend in Berlin eingetroffen waren — sich verpflichteten, gleichzeitig nach verschiedenen Seiten abzugehen. Zuvor hielt der Volksbeauftragte Ebert noch eine Ansprache an die Soldaten, in der er auf die Schwierigkeiten hinwies, mit denen die Regierung zu kämpfen habe. Die endgültige Erledigung der Matrosenforderungen und der Frage der Verhaftung von Wels scheint einmüßig verlegt worden zu sein.

Es ist nicht angenehm, daß irgendwie Blünderungen oder Gewaltakte von Teilnehmern der amerikanischen Streitkräfte begangen werden könnten; sollte sich jedoch jemand dieser Vertrauens unwürdig erweisen, so werden dessen Lizenzen nicht nur als Verbrechen gegen die Opfer angesehen, sondern als ein Verbrechen für die amerikanische Armee und eine direkte Beschimpfung des Namens der Vereinigten Staaten. — Sollten solche Uebertretungen vorkommen, werden sie mit den härtesten Strafen unserer Militärgeetze bestraft werden.

## Die deutsche Regierung gegen die polnischen Uebergriffe.

Berlin, 23. Dezember. In Sachen der Wahlen zu der polnischen Konstituante im preussischen Teilgebiet hat die deutsche Regierung hiergegen mit folgender Note an die polnische Regierung Einspruch erhoben:

Auf das Dekret der polnischen Regierung, das die Vornahme von Wahlen zur polnischen Konstituante auf deutschem Gebiet in Schlesien, Posen, West- und Ostpreußen anordnet, hat die deutsche Regierung am 17. d. M. folgende Protestnote abgehen lassen: Der „Monitor Polski“ veröffentlicht ein die Wahlen zur polnischen Konstituante anordnendes Dekret der polnischen Regierung, in dem bestimmt wird, daß das „preussische Teilgebiet“ an der Wahl teilnehmen soll und in zehn Wahlkreise eingeteilt wird. — Namens der deutschen Volkregierung habe ich dem polnischen Ministerium des Reichern zu erklären, daß die Reichsregierung nicht nur sich gegen die Aufnahme ungewissermaßen rein deutscher Gebiete in die Liste der polnischen Wahlbezirke verweigert, sondern überhaupt die ganze Ausdehnung von Wahlen zur polnischen Konstituante innerhalb des gegenwärtigen Reichsgebietes als einen rechtswidrigen Eingriff in die bestehende deutsche Gebietseinheit ansieht. Die Reichsregierung wird die Vornahme dieser Wahlen nicht zuzulassen, bevor nicht der künftige Rechtszustand der deutsch-polnischen Grenzgebiete durch die Friedenskonferenz festgelegt ist. Conf.“

## Wegen die Loslösung Oberschlesiens.

Berlin, 23. Dezember. In der letzten Sitzung des Reichstages hat sich der Reichstag über die Loslösung Oberschlesiens von Deutschland ausgesprochen. In der letzten Sitzung des Reichstages hat sich der Reichstag über die Loslösung Oberschlesiens von Deutschland ausgesprochen. In der letzten Sitzung des Reichstages hat sich der Reichstag über die Loslösung Oberschlesiens von Deutschland ausgesprochen.

Angesichts der Bestrebungen, die sowohl von polnischer wie von tschechischer Seite darauf ausgehen, Oberschlesien vom preussischen Staat und vom Deutschen Reich loszulösen und so namentlich den Reichsrat zwischen Polen und Tschechen zu teilen, hat der Reichstag einstimmig den Entschluß gefaßt, sich einer etwaigen Teilung und Loslösung widerlegen und nach wie vor bei der Freundschaft und Verbundenheit zu bestehen, da er in diesem Brennpunkt und Deutschland verbleiben zu wollen, da er in diesem Gebiete des ober-schlesischen Volkes ohne Unterschied der Konfession und der Sprache.

Die Entschiedenheit mit einem Zusatz betr. den militärischen Schutz Oberschlesiens wurde einstimmig angenommen.

## Verabschiedete Generale.

Frankfurt a. Main, 23. Dezember. Nach einer Meldung der „Frkf. Zig.“ wurden folgende Generale verabschiedet: Der Befehlshaber der 5. Armee, General von der Marwitz, der bayerische Heerführer Generaloberst von Bothmer, der bayerische Heerführer Krafft von Dellmeningen, die Admirale von Sippers, der zuletzt als Nachfolger Scheers Chef der Hochseeflotte war, und Bachmann.

## Die amerikanische Besatzung.

General Pershing hat an die 3. Armee, die als Besatzungstruppe in Aussicht genommen ist, einen Befehl erlassen, in dem es u. a. heißt:

Ihr seid nicht als Blünderer oder Bedrücker gekommen, sondern nur als der ausübende Arm einer starken, freien Regierung, deren Absichten dem deutschen Volk gegenüber von Wohlwollen erfüllt sind.

Während unserer Besatzung steht die Zivilbevölkerung unter dem besonderen Schutz der Pflichten und Ehre der amerikanischen Armee.

Deshalb ist der Zweck dieses Befehls, sich direkt an Euren Stolz zu wenden in Eurer Eigenschaft als Vertreter einer mächtigen und reichhaltigen Nation, in der sollen Ueberzeugung und Ehrlichkeit in Euren Beziehungen zur deutschen Bevölkerung das Verhalten werden, daß ihr Euch und das Land, welches ihr zu vertreten die Ehre habt, achtet. . . .

An unsere Postabonnenten oder solche, die es werden wollen! Um keine Verzögerung in der Zustellung „Der Freiheit“ eintreten zu lassen, ersuchen wir unsere Postabonnenten, sofort das Abonnement für das 1. Quartal 1919 zu bestellen. Der Bezugspreis beträgt pro Quartal inklusive Zustellungsgebühr 6 Mk.; per Streifenband bezogen 12 Mk. — Die „Freiheit“ ist im 1. Nachtrag 1919 der Postzeitungsliste eingetragen. Der Verlag.

## Die Lage in den Ostprovinzen.

Berlin, 23. Dezember. Die bolschewistischen Truppen dringen in zwei Richtungen auf Riga vor, von Norden über Walk, von Süden von Jakobstadt her. Auf Veranlassung des Generalbesolmachten haben an beiden Fronten Besprechungen mit den bolschewistischen Führern stattgefunden. Diese haben dabei deutlich ihre Absicht bekundet, ihre lettischen Truppen in die Heimat zurückzuführen und mit ihrer Hilfe in Lettland die Uebertragung der politischen Macht an die Arbeiterräte zu begründen. Die deutschen Truppen haben inzwischen an der Linie Walk—Riga die Räumung planmäßig bis vor Wolmar durchgeführt, ohne von bolschewistischen Truppen dabei gestört zu werden. Damit sind die in Dorpat befindlichen deutschen Truppen von der direkten Eisenbahnverbindung mit der Heimat abgeschnitten. Sie haben den Fuhrmarsch von Dorpat nach Riga angetreten, von wo sie auf der deutschspürigen Bahn über Rittau—Schaulen zurückgeführt werden.

## Die belgischen Arbeiter gegen jede Annexion.

Brüssel, 23. Dezember. (Reuter.) Das belgische Sozialistische Blatt „Le Peuple“ beantwortet den Appell der holländischen sozialdemokratischen Zeitung „Het Volk“ an die belgische Arbeiterpartei, daß sie sich der Annexion eines Teiles von Holland widersetzen möge, mit der Versicherung, daß die belgische Arbeiterpartei gegen jede Annexion sei und daß ihr das Selbstbestimmungsrecht der Völker heilig wäre.

## Reaktionäre Treiberereien.

Paris, 23. Dezember. Quvas meldet: Das „Echo de Paris“ macht Anspielung auf die von den A. und S. Mitten der deutschen Waffenstillstandskommission übertragene Mission, von der internationalen Kommission die Berechtigung zu erlangen, in den besetzten sogenannten „deutschen“ Gebieten die Wahlen vorzunehmen. Sie unterlassen nicht, schreibt das Blatt weiter, den Präzedenzfall von 1871 anzurufen, aber die Klause des von ihnen aufgestellten Waffenstillstandsvertrages forderte damals die unmittelbare Eröffnung der Nationalversammlung mit der Aufgabe, den Friedensvertrag zu ratifizieren. Nun haben wir bis jetzt nicht einmal die Regierung Oberstaats anerkannt und wir haben deshalb, schreibt das Blatt, die Aufgabe der Wiederherstellung und Einigung Deutschlands nicht zu erleichtern. Der Vorschlag, die deutschen Ge-

fangenen abstimmen zu lassen, hat nicht einmal den Schein eines Präzedenzfalls für sich.

Das „Echo de Paris“ ist ein ausgesprochen reaktionäres nationalistisches Blatt. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß es eine Politik befürwortet, die letzten Endes auf eine bewußte Verbindung der „Wiederherstellung und Einigung Deutschlands“ hinausläuft.

## Der katholische Klerus gegen den Sozialismus.

Amsterdam, 23. Dezember. Das katholische Blatt „Lijd“ meldet: Gestern wurde in allen katholischen Kirchen Hollands ein Hirtenbrief des Erzbischofs von Rotterdam und der vier holländischen Bischöfe verlesen, worin es heißt: Die sozialistischen Lehren über Eigentum, Besitz, Ehe, Familie, Obrigkeit und menschliches Zusammenleben lassen die ewigen und unabänderlichen Gesetze Gottes und die Lehre des Evangeliums völlig außer Acht. Der Sozialismus steht im Streit mit dem katholischen Glauben. Es ist deshalb den Katholiken verboten, Mitglieder anarchistischer oder sozialistischer Vereinigungen zu sein oder solche zu unterstützen. Das Sakrament muß jedem Katholiken verweigert werden, solange er Anhänger des Sozialismus oder Anarchismus ist.

## Italienische Ministerkrise.

Bern, 23. Dezember. Der „Tribuna“ zufolge ist Orlando gestern bereits in Rom eingetroffen. Das Blatt bemerkt, daß die verfrühte Rückkehr mit einer Ministerkrise zusammenhängt, die aus der Demission Daris entsprungen sei. In ihrer Folge hätten sämtliche Minister Orlando ihr Portefeuille zur Verfügung gestellt. Laut „Epoca“ dürfte es sich bei der gegenwärtigen Krise um den endgültigen Rücktritt Daris, Jupelis, Giuffellis und Terros handeln.

- Nach einer Meldung der „Voss. Zig.“ werden die Vertreter Italiens auf der Friedenskonferenz folgende Forderungen stellen: Nationaler Ausbau Italiens auf der Grundlage des Nationalitätenprinzips, der geographischen Zugehörigkeit und der militärischen Sicherheit; Anerkennung der albanischen Unabhängigkeit; Beteiligung an jenen Gebieten Afrikas, die der türkischen und deutschen Herrschaft entzogen wurden; Verteilung der Kolonien in Afrika mit Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse Italiens;

## Kein Parteitag der U. S. P. D.

Die Einberufung eines Parteitages nach vor den Wahlen zur Nationalversammlung, die von mehreren Genossen gewünscht wurde, ist, wie uns von der Parteileitung mitgeteilt wird, nicht möglich.

Die Verkehrsschwierigkeiten sind ungeheuer groß, die Fernzüge verkehren so unregelmäßig in so großen, oft mehrstündigen Zwischenräumen, daß die Zeit der Wahlagitiation fast vollständig von der Hin- und Rückreise für den Parteitag verschlungen würde.

## Sitzung der Groß-Berliner Arbeiterräte.

Die gestrige Sitzung der Arbeiterräte nahm einen stürmischen, von Tumulten unterbrochenen Verlauf. Um 11 Uhr eröffnete Richard Müller die Sitzung. Der Bericht über die Sitzung des Zentralkomitees wird sowohl von einem Mitglied der Abhängigen wie der Unabhängigen Partei erstattet werden; ebenso der Bericht über den Volkskongress. Die Mitglieder des Volkskongresses stellen ihr Mandat der Versammlung zur Verfügung.

Auf einen besonderen Antrag hin erhält auch die demokratische Fraktion einen Berichterstatter zugebilligt.

Matschahn (Unabh.): Der Zentralkongress hat ein sehr buntes, zusammengewürfeltes Bild. Viele Mandate mußten für ungültig erklärt werden, und zwar in der Mehrzahl Mandate von Soldatenräten, Feldwebeln, Offizieren, die oft in sehr zweifelhafter Weise zustande gekommen waren. Unter den Delegierten der Abhängigen konnte man zahlreiche Gewerkschaftsführer bemerken. Der Redner kritisiert es, daß der Kongress die Genossen Liebknecht und Luxemburg zu den Verhandlungen nicht zuließ, während junge Offiziere daran teilnehmen durften. Als er die Delegation der Gardetruppen erwähnt und für die Berechtigung ihrer Kräfte eintritt, wird er von Lärm und Gelächter von Seiten der Abhängigen unterbrochen. Der Lärm wuchs, als er darauf hinwies, daß die Delegierten der Freiheit, von ihren Funktionären energisiert,

Hier. Kaizerliche Postamt. Ein Brief in dem Reichspostamt ist zu finden.

Bei den Abstimmungen wie auf ein Kommando funktionierten. Der Redner tadelt es, daß die Mehrheit des Zentralkongresses der Arbeiterdeputation einen höhnenden und unmwürdigen Empfang bereitet haben. Die Politik der Unabhängigen ist sich neu geliebt. Die Politik der Mehrheit aber hat sich offensichtlich darauf eingestellt, mit dem bürgerlichen Anhang zusammenzuarbeiten. Wir konnten nicht die Hand dazu bieten, daß die Macht der A- und S-Räte durch die Beschlüsse des Kongresses aufgehoben werde. Frank (Abb.) wird von lebhaftem Widerspruch unterbrochen, als er sich zu der klugen Behauptung vertritt: Die Verhandlungen des Zentralkongresses habe, der Revolution zum Siege verholfen. Es sei bedauerlich, daß diejenigen Parteigenossen, die in früheren Zeiten so energisch gegen die Reaktion kämpften, jetzt ihren Angriff gegen ihre früheren Freunde richteten. Was die Ablehnung Liebknechts und der Genossen Luxemburg betrifft, so haben gerade wir von der Mehrheit vor dem Kongreß die Zulassung von solchen Genossen vorgeschlagen, die durch die Wahlordnung nicht in die Arbeiterräte gewählt werden konnten; aber die Unabhängigen haben hier eine ablehnende Haltung eingenommen. Der Genossin Luxemburg war angetragen worden, das Korreferat über Sozialisierung zu übernehmen. Hätte sie in zustimmendem Sinne geantwortet, so hätte sie dem Kongreß beizuhelfen können. Nach unserer Auffassung entspricht der Aufmarsch der Soldatendelegation nicht der Würde des Zentralkongresses. Wir sind nicht für die Diktatur des Proletariats, sondern für die Demokratie, und wir sind gewillt, die Streitkräfte zu begraben, um gemeinsam mit den Unabhängigen gegen das Kapital zu kämpfen.

**Hägel (Demokr. Fraktion):** Dadurch, daß Sie uns hier sprechen lassen, haben Sie bewiesen, daß Sie keine Pavidemokraten sind. Wir billigen es, daß die Regierung im Besitze der Legislative und der Exekutive ist, und daß dem Zentralkongreß nur das Kontrollrecht zusteht. Wie wahr es den Demokraten wollen den politischen Fortschritt, aber nicht in nervöser Hast. Da die Entente mit einer Räteregierung nicht verhandeln will, (große, stets wachsende Unruhe), so brauchen wir die Nationalversammlung. Es ist ein klarer Fehler der gegenwärtigen Regierung, daß sie verabsäumt hat, die Entente zu fragen, ob sie bereit sei, mit ihr zu verhandeln. Auch wir sind jeder Revolution und Heiß bereit, mit Geist und Leib dagegen zu kämpfen. Wohl schafft die Revolution ein neues Recht, aber nur für eine kurze Übergangszeit. Erst die Nationalversammlung soll das Recht des ganzen deutschen Volkes bestimmen. Auf wirtschaftlichem Gebiete darf es keine Revolution, sondern nur eine Evolution geben; die Revolution zerstört, die Evolution aber baut auf. (Lebhafte Unruhe und Widerspruch.)

**H. Müller.** Das die Entente mit einer sozialistischen Regierung Deutschlands nicht unterhandeln wolle, das gehört zu den üblichen Schwandeleien des „Vorwärts“, der gefälschte Auslandsstimmen fabriziert und so die Massen täuscht. Daß einer solchen Argumentation die ganze Presse von der rechtssozialistischen an bis zur „Deutschen Tageszeitung“ Beifall schenkt, sollte doch zu denken geben. Es weht keine revolutionäre Luft in dem Zentralkongreß. Ich hätte nie geglaubt, daß die A- und S-Räte

zu einem solchen Selbstmord bereit gewesen wären. In seinen weiteren Ausführungen geht Gen. H. Müller auf die Angriffe gegen den Volksgreß ein. Diese Angriffe sind nicht ohne Einwirkungen auf die Verhandlungen des Zentralkongresses geblieben, der für die jetztige politische Hochspannung verantwortlich zu machen ist. Warum haben wir es abgelehnt, im neuen Zentralkongreß mitzuarbeiten? Wir mußten dagegen protestieren, daß die politische Macht auf einen sechsköpfigen Reichsanwalt übertragen wurde, während wir verlangten, daß die A- und S-Räte diese Macht besitzten sollten. Die A- und S-Räte und ihr Organ, der Volksgreß, waren im Beginn der Revolution mit der ganzen Fülle dieser Macht ausgerüstet worden. Der Regierung war nur die Exekutive übertragen, und wir forderten, daß der Kongreß die Macht der A- und S-Räte festigen und vermehren soll. Schon der Antrag Lüdemann bezweckte das Gegenteil unserer Forderungen. Wir hatten eine gründliche Reinigung des Anspürigen Amtes und des Kränzes verlangt, da wir sahen, daß man diese Kränze in den Dienst konterrevolutionärer Bestrebungen stellte. Aber die Regierung ging nicht auf unsere Anträge ein. Ich erwähne ferner die schonlose Belämpfung der A- und S-Räte durch die Korrespondenz des Reichsanwalt, die in enger persönlicher Beziehung zu dem Chef der Reichsanwalt, Waack, steht. Dieser privaten Korrespondenz gibt die Reichsanwalt, also die Regierung, Rücken, denen dadurch ein offizieller Antritt verleiht wird. Ihr Tribund und Morgenblatt, der „Vorwärts“, arbeitet gleichfalls mit allen Waffen der Berührung. — Müller geht alsdann auf die finanziellen Angelegenheiten des Volksgreß ein. — Die Revalteure dieses Blattes sind, das muß hier vor aller Öffentlichkeit festgehalten werden, gewerkschaftliche Arbeiter. Alle diese Geldschwindeleien sind zur Diskreditierung des Volksgreß ausgetrieben worden. Das geschah in unmittelbarer Nachbarschaft der Regierung, und dieser Regierung wird nun durch den Zentralkongreß die ganze Fülle der Macht übertragen. Der neugewählte Zentralkongreß aber ist zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Der Zentralkongreß hat alle Macht, die ursprünglich den Arbeiter- und Soldatenträten zusteht, auf die Nationalversammlung übertragen, d. h. auf eine Körperschaft, die man noch nicht kennt. Wozu haben wir dann eine Revolution gemacht? Der Zentralkongreß hat das Todesurteil über die A- und S-Räte gesprochen, und diese haben sich selbst ausgeschaltet. Man hat gesagt, der Zentralkongreß solle die Regierung verlassen. Damit kann man keine politische Forderungen stellen; denn die Regierung kann täglich gegen den Zentralkongreß registrieren, ohne abgesetzt zu werden. Auf diesen Punkt sind wir Unabhängigen nicht eingegangen. Selbstverständlich konnten wir keine Verantwortung für eine Politik übernehmen, auf die wir keine Einwirkung haben, für die Politik Eberl-Haase. Gerade aus dem Zusammenarbeiten mit dieser Regierung haben wir die schwersten Bedenken gegen sie geschöpft. Der neue Zentralkongreß, aller Macht beraubt, wird völlig in der Luft schweben. Natürlich wäre es für uns leichter gewesen, im großen Strom mitzuschwimmen. Aber wenn ich sehe, daß ich die Verantwortung für eine bestimmte Politik nicht tragen kann,

dann trete ich wieder in die Reihen der Arbeiter zurück, aus denen ich gekommen bin.

Als der Redner noch einmal wiederholt, daß nicht die geringe revolutionäre Luft im Zentralkongreß zu verpötern gewesen sei, erwidert von der Seite, wo die Delegierten der demokratischen Fraktion sitzen, der Zwischenruf: „Gott sei Dank!“ Daraufhin entsetzt ein minutenlanges Tumult. Die Mehrheit der Delegierten erhebt sich von ihren Plätzen und ruft: „Maus! Maus!“ Der Zwischenrufer, ein Mitglied der demokratischen Fraktion, wird umringt und zum Saal hinausgeführt. Lange Zeit versucht der Vorstehende vergebens, sich Ruhe zu schaffen. Endlich fährt er fort: Die Nationalversammlung wird vielleicht keine sozialistische Mehrheit haben und sicherlich nicht die Erwartungen der breiten Massen erfüllen. Aber sie wird den ebernen Gang der Revolution nicht aufhalten können. Die wichtigste Aufgabe ist die Sozialisierung der Wirtschaft, und nur die Arbeiterräte können sie erfüllen. Die vielen Streiks, die gegenwärtig immer weiter um sich greifen, wachsen mit Notwendigkeit aus den Verhältnissen heraus und sind die ersten Wellen der kommenden zweiten Revolution. (Lebhafte Beifall.)

Es folgt nun eine sehr erregte Auseinandersetzung über den Hinauswurf des demokratischen Delegierten, für den sich, außer seinem Fraktionskollegen besonders auch Lüdemann (Abb.) einsetzt, der bei seinem Erscheinen mit großem Lärm und Pfaffen empfangen wird.

Als sich im Laufe dieser Debatte Lüdemann infolge einer Mißverständnisse auf das Podium setzt und den Vorstehenden heftig anfährt, wird er von dem Volksgreßmitglied Wegmann ergriffen und die Stufen zum Podium hinabgestoßen. Abermals entzieht ein wilder Lärm, der erst aufhört, nachdem Wegmann, von zahlreichen Zwischenrufen unterbrochen, sein Bedauern über sein Verhalten ausgesprochen hat.

Wirth (Abb.) hält alsdann das Korreferat über die Tätigkeit des Volksgreß.

Ruf (Mitgl. des Volksgreß) spricht über die konterrevolutionären Vorgänge beim Grenzschutz Ost und gibt die Erklärung ab, daß er infolge der vielen schlechten Erfahrungen, die er als Mitglied des Volksgreß in den letzten Wochen gemacht habe, aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschieden und zu den Unabhängigen übergetreten sei.

H. Müller: Da ein großer Teil der Mandate angefallen worden ist, so kann die Versammlung heute unmöglich weittragende politische Beschlüsse fassen. Aus demselben Grunde können wir heute die Wahl des Volksgreß nicht vornehmen. Daher müssen wir uns vertagen.

Probst: Da zwei Mitglieder des Volksgreß, die der Mehrheitspartei angehörten, ausgeschieden sind und auch zu den Unabhängigen übergetreten ist, so muß eine neue paritätische Zusammensetzung des Volksgreß erfolgen.

Nachdem der Zusammentritt der Mandatsprüfungskommission für morgen festgesetzt worden ist, wird Vertagung für heute beschlossen.

**Theater und Vergnügungen.**

**Volksbühne.** Theater am Blümlplatz. Direktion Fried. Kayssler. Keine Vorstellung.

**Opernhaus**  
Geschlossen.

**Schauspiele**  
Geschlossen.

**Deutsches Theater**  
Geschlossen.

Mittwoch: 7 1/2 Uhr: Die deutschen Kleinstädter.  
7 1/2 Uhr: Das Licht schenkt in der Finsternis.

**Kammerspiele**  
Geschlossen.

Mittwoch: 7 1/2 Uhr: Minna von Barnhelm.  
7 1/2 Uhr: Der Sohn.

**Kleines Schauspielhaus**  
Geschlossen.

Mittwoch: 7 1/2 Uhr: Die Hausbierche.  
7 1/2 Uhr: D. Bäcker d. Pandora.

**Lessing-Theater.**  
Direktion: Victor Barnowsky.  
Heute geschlossen.

1. und 2. Feiertag:  
7 1/2 Uhr: Der Schöpfer.

**Deutsches Künstler-Theater.**  
Heute geschlossen.

1. und 2. Feiertag:  
7 1/2 Uhr: Nachtbeleuchtung.

**Trion-Theater.**  
Frl. Friedrichs, Ztr. 4927, 2301.  
Geschlossen.

**Residenz-Theater.**  
Geschlossen.

**Central-Theater.**  
Geschlossen.

Mittw. 7 1/2 Uhr: Ne luss in Tanti.

**Friedrich-Wilhelms-Theater.**  
Geschlossen.

Mittw. 7 1/2 Uhr: Das Bräutigamshaus.  
7 1/2 Uhr: Hannerl.

**Deutsches Opernhaus Charlottenb.**  
Geschlossen.

Mittw. 6 1/2 Uhr: Lebegria.

**Kleines Theater.**  
Geschlossen.

Mittw. 8 1/2 Uhr: Jettchen Sebert.  
8 1/2 Uhr: Frau Kaschke.

**Kommische Oper.**  
Geschlossen.

Mittw. 8 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.  
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.

**Lustspielhaus.**  
Geschlossen.

Mittw. 8 1/2 Uhr: Die Amazone.  
7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege.

**Metropol-Theater.**  
Geschlossen.

Mittw. 8 1/2 Uhr: Wiener Blut.  
7 1/2 Uhr: Die Faschingsfest.

**Neues Operettenhaus.**  
Geschlossen.

Mittw. 8 1/2 Uhr: Der Soldat d. Maria.  
7 1/2 Uhr: Die heusche Susanna.

**Palast-Theater.**  
Geschlossen.

Mittw. 8 1/2 Uhr: Der Struwwelpeter.  
7 1/2 Uhr: Der Käse auf dem See.

**Neubauer-Theater Charlottenburg.**  
Geschlossen.

Mittw. 8 1/2 Uhr: Kabale und Liebe.  
7 1/2 Uhr: Sappho.

**Illia-Theater.**  
Geschlossen.

Mittw. 8 1/2 Uhr: Ueber der Wälder Liek.  
7 1/2 Uhr: Polische Wirtschaft.

**Theater am Holländerplatz.**  
Geschlossen.

Mittw. 8 1/2 Uhr: Eva.  
7 1/2 Uhr: Neuseinad: Der Juchzen.

**Theater des Westens.**  
Geschlossen.

Mittw. 8 1/2 Uhr: Die Ballerprinzessin.  
7 1/2 Uhr: Die lustige Witwe.

**Waller-Theater.**  
Geschlossen.

Mittw. 8 1/2 Uhr: Der Märchenwald.  
7 1/2 Uhr: Graf Kahlenstein.

**Rose-Theater.**  
Geschlossen.

**Wahalla-Theater.**  
Geschlossen.

**Casino-Theater.**  
Lathriepier Str. 37. Tägl. 4-8 Uhr.  
An allen Feiertagen 2 Vorstellungen.  
10 Uhr das 3aktige Volksstück.

**Die goldene Brücke**  
Nachmittag 3 1/2 Uhr zu kl. Preisen.  
Friede auf Erden.

**APOLLO Theater**  
Dir. JAMES KLEIN  
Allabendlich 7 1/2 Uhr.  
Sonntags 3. und 7 1/2 Uhr  
Die Welt geht unter!  
Senta Söneland, Leo Blatner,  
Franz Raue, Fritz Beckmann,  
Friedrich Hanka.  
NADCHURA'S Elefanten  
ROSTON'S Affenmenschen  
Tronays Blumenkorso  
usw.  
Sonntags 3 1/2, jed. Erwachsene  
1 Kind frei!

**Metropol Kabarett**  
Behrenstr. 53-56

Ab 1. Dezember  
Neue Direktion • Neues Programm  
Ganz renoviert

Abgang 5 Uhr  
Sonntag 4 Uhr

**Gygyi-Konzerte**  
2 Eintrittspreise: 1,50 M., 2,50 M.  
Vorzügliche Küche  
Torten, Makronen und Getränke.

**PAUL CASSIRER VERLAG**

Sozialistische Schriften  
zur Revolution

**EDUARD BERNSTEIN**

Staatenbund oder Völkerbund.  
Preis 1,50 Mark.

Die Diagnose der Weltkrankheit und das  
Rezept zu dauernder Gesundheit.

**Arbeiter- u. Angestelltenräte!**

aus allen Betrieben Charlottenburgs,  
soweit dieselben in Charlottenburg wohnen werden  
um sofortige Angabe ihrer Wohnung und des Betriebes  
in welchem sie gewählt sind, bis Sonnabend, den  
28. Dezember 1918 ersucht.

Eine Einladung zur gemeinsamen Sitzung und  
Berichterstattung des A.-u. S.-Rates erfolgt umgehend.

**Vollzugsausschuß**  
des Arbeiter- u. Soldaten-Rats Charlottenburg  
Rathaus, Zimmer 230.

**Zeitungs-  
Austrägerinnen**  
verlangt  
**Preuß-Lichtenberg**  
Tascherstraße 3.

**Botenfrauen**  
stellt ein Expedition  
Winsstraße 62/63, Laden,  
ab 5 Uhr.

**30 Botenfrauen**  
sucht Fritz Mews, Genter Str. 26.  
Expedition der „Freiheit“.

**Botenfrauen**  
zum Austragen der „Freiheit“  
werden verlangt.  
Frau Marie Dörig, Steinmetz-  
straße 23.

**Botenfrauen**  
zum Austragen der „Freiheit“ ver-  
langt  
Hackbarth, Michaelkirchplatz 1

**Genossen!**  
werbt Leser  
für  
**Die Freiheit**

Bitte bestellen ich ein Exemplar der Zeitung  
**„Die Freiheit“**  
Erscheinungsort Berlin.

für das erste Quartal 1919 zum Preise von 6.— Mark  
für den Monat Januar 1919 zum Preise von 2.— Mark  
erklafter Beteiligungsbeitrag.

Der Bezugspreis einschließlich Beteiligungsbeitrag ist durch den Briefträger von mir einzusuchen.

Name \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_  
Postamt \_\_\_\_\_

**Wintergarten**  
Das große  
Spezialitäten-Programm  
Anfang 1/8 Uhr.  
Eintritt frei!

**Lieban-Kabarett**  
Künstler-Diele  
Taubenstr. 34  
Ab 4 Uhr: Orchester  
von 6-7 1/2 Uhr  
— das große Programm —  
Ab 7 1/2 Uhr: Tanz.  
Echt russ. Tee, Kaffee, Mokka,  
Schokolade, Fein-Geback  
H. Waack — H. Hahn — Zivis Fritz.

**Cabaret Tivoli**  
Frankfurter Allee 307  
Inh.: Rich. Dahlster  
Täglich:  
Anfang 8 Uhr Spezialitäten u.  
Carl Langer, Sorecher d. Volkes  
Freiheitlich-revolutionäre  
Vorträge.

**Sportpelze**  
Gelegentlich!  
von 400 M. an  
**Blauer Bazar**  
Kaiser-Wilhelm-Straße 14,  
beim Alexanderplatz.

**Inserate**  
für den darauffolgenden Tag  
müssen spätestens bis 5 Uhr  
nachts, bei der Expedition  
Schiffbauerdamm 19 auf-  
gegeben sein.

**Strassenhändler**  
für  
**„Die Freiheit“**  
ständig gesucht  
Schiffbauerdamm 19.

**Gitarrezithern**  
mit Unterlegnoten 25.— große  
6-akkordige 35.— (Ladenpreis ca.  
50.— bis 60.—), Mandolinen,  
Gitarren 45.—, erstklassige 85.—,  
Konzertlaute 125.— bis 145.—,  
Schülerviolinen 45.—, Kunst-  
violin 145.—, Unterricht  
8.— Monatsgehorar (10 stündige  
Schnellkurse) Ernst, Taubstr. 34/35.

**Sozialdem. Wahlverein für  
den 6. Berliner Reichstags-  
wahlkreis, U. S. P.**  
22. Abl. Dez. 778.  
Am Freitag, den 20. De-  
zember verliert unsere Ge-  
nossin, Frau  
**Auguste Feldner**  
Müllerstr. 67.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Einkerbung findet  
am Dienstag, den 24. d. M.,  
morgens 12 Uhr, im Krem-  
atorium, Gerichtstraße 36/38,  
statt.  
Um rege Beteiligung er-  
sucht  
Der Vorstand.

**Der Sozialist**  
(früher Sozialistische Auslandspolitik)

**Unabhängige sozialdemokratische Wochenschrift**  
Herausgegeben von  
Dr. Rud. Breitscheid

Unter ständiger Mitwirkung von:  
**Ed. Bernstein, H. Block, H. Haase,  
K. Kautsky, A. Stein, H. Ströbel u. a.**

Abonnement vierteljährlich 5.— M. Einzelnummer 50 Pf.

Bestellungen sind aufzugeben bei der nächsten Postanstalt oder bei den Speditoren  
in der Expedition der „Freiheit“, Berlin NW 8, Schiffbauerdamm 19 IV.

# Wer trägt die Schuld?

Von A. Hofer.

Wir geben die folgenden Ausführungen wieder, ohne uns mit ihnen zu identifizieren. Insbesondere möchten wir betonen, daß der Inhalt der Novemberrevolution unserer Auffassung nach ein sozialistischer und nicht ein bloß demokratischer ist.

Am ewigen Gleichmaß rauscht die Zeit über das Welt-Geschehen dahin. Woher, wohin, warum, wir werden es wohl niemals errathen, so wenig wir die Zeit aufhalten, nach vorwärts schieben können.

Wir registrieren aber die Zeit, indem wir Erscheinungen, die sich auf unserm Erdball in gleichmäßigen Perioden bemerkbar machen, als Unterlage nehmen. Tage, Monate, Jahre!

In diese Registratur hat die Menschheit dann die Höhen ihres Schicksals gesponnen, zuerst nur lückenhaft, abgerissen und zögernd, aber dann schließlich die Spinnfäden zu einem lauzen, bunten Dauerläufer verwebt, der uns das Menschheitsgeschehen seit Jahrtausenden erkennen läßt.

Wir studieren dieses Gewebe und das Resultat unseres Forschens wird in diese Hände gebracht, auf denen geschrieben steht: Weltgeschichte.

Auch wir arbeiten an diesem Dauerwerke, und zur Zeit klappert der Wehstuhl in wilder Hast, das Wehschifflein will sich überstürzen, die Räder scheinen sich uns heillos zu verwirren und bestimmteste Seelen könnten des Glaubens werden, daß der Dauerläufer von nun an ein bedenkliches Gebrunzel aufweisen könnte.

Solche Perioden, die wir Revolutionen nennen, hat es bekanntlich schon mehrfach in der Geschichte gegeben, aber immer konnte der Geschichtsforscher später konstatieren, daß danach der Weg der Menschheit in stärkerer Steigung aufwärts führte.

Wir stehen noch mitten drin in den Ereignissen, können noch nicht rückblickend die Dinge würdigen.

Wir haben aber als Mitarbeitende das Recht und die Pflicht, den Verlauf des Geschehens so zu gestalten zu versuchen, daß mit verhältnismäßig wenig Verwicklungen, Irrungen und Wirrungen der Menschheitspfad nach oben führe.

Die Novembertage haben der Revolution den Sieg gebracht. Welche Begebenheiten und Triebkräfte es bewirkt haben, wollen wir hier nicht näher untersuchen.

Gleichgültig, inwieweit die ganzen Kriegsverhältnisse, inwieweit die Kriegsmüdigkeit der Soldaten, inwieweit das zielbewusste sozialistische Proletariat an den Dingen beteiligt war, der Enderfolg war der, daß die politische Macht in die Hände des Proletariats gelangte.

Das Proletariat war hemmungslos in der Lage, ganz nach Belieben die Regierung einzusetzen, die es haben wollte. Tatsächlich hat denn auch die Arbeiterkraft die Spitzen familiärer politischer Kreise mit seinen sozialistischen Vertrauensmännern besetzt: nur aus Zweckmäßigkeitsrunden belieh man in einzelnen rein fachtechnischen Ministerien bürgerliche Elemente, denen aber zur Kontrolle Sozialisten beigeordnet wurden.

Diese Tatsache beweist, daß die Revolution eine rein proletarische war. Diese Tatsache wurde eben anerkannt dadurch, daß beide sozialdemokratische Parteien ihre Vertreter in die Regierung schickten, ja es war sogar der Spartakusbund bereit, sich an der Regierung zu beteiligen, und wenn letzteres schließlich nicht geschah, so wurde es eigentlich nur aus formalen Gründen verhindert.

Nedenfalls die anschlussgebenden sozialdemokratischen Parteien haben die gesamten Regierungsgeschäfte übernommen und führen sie auch heute, oder vielmehr sie sollten und könnten sie führen.

Ein Schiffer, der kostbares Gut anlanden hat und durch Mißpönnen, sturmbedeute See seine wertvolle Ladung in den sicheren Hafen bringen will, muß zielbewußt und fest das Steuer in den Händen haben.

Eine Revolutionsregierung, die des Volkes höchste Zukunft verantwortet, befindet sich in der Lage eines solchen Schiffers.

Ihre Aufgabe, die Ladung allmählich in den Hafen zu bringen, wäre schon schwer genug, wenn sie, wie es natürlich wäre, nur auf die Wellenberge und Klippen zu achten hätte, die von der rechten, der reaktionären Seite drohen.

Die allmähliche Fahrt wird aber beinahe zu Unmöglichkeit gemacht, wenn von allen Seiten, wenn auch von der linken Seite die Gefahren sich heranwälen.

Sollte das Revolutionsgeschiff mit seiner kostbaren Ladung an den Klippen zerbrechen, dann wird dereinst die Geschichte konstatieren, daß das deutsche Proletariat selber es war, daß seine Revolution unarunde gerichtet hatte.

Diese Gefahr ist in beängstigender Nähe, noch aber kann sie abgewandt werden, und sie muß abgewandt werden.

Wie oben schon gesagt, am 10. November, als das Proletariat die politische Macht restlos in die Hand bekommen hatte, sollte es sich die Regierung aneignen, die es haben wollte.

Aber wenige Tage später erlitten aus demselben Proletariat heraus Stimmen, die besagten, daß ja gar keine richtige proletarische Revolution gewesen wäre, sondern nur eine bürgerlich demokratische.

Diese zuerst vereinzelten Stimmen haben dann im Verlaufe der Wochen, namentlich hier in Berlin immerhin eine gewisse Verstärkung erfahren.

Wie ist das zu erklären? Die Kapitulation in dieser Richtung konnte nur Raum gewinnen, wenn sie einen vorbereiteten Boden fand.

Dieser vorbereitete Boden war eine gewisse Enttäuschung in manchen Arbeiterkreisen.

Nun, enttäuscht werden allein die — diese aber immer — die zu große, also falsche Erwartungen an die Sache geknüpft hatten.

Selbstverständlich muß nun irgendwas oder irgendwer Schuld an der Sache haben, und die Schuld liegt selbstverständlich immer bei den anderen. Kein Naadwird leichter aufzuspüren als der Sündenbock. Auch in diesem Falle hatte man ihn schnell entdeckt, und es wurde alsobald klar, daß die sozialdemokratische Partei, die Abhängigen, indem sie an der Regierung zu gleichen Rechten beteiligt war, die Revolution verraten hätte, die weil diese Partei total verbürgerlicht wäre.

Besten Endes würde dieser Vorwurf natürlich auf jenen Arbeitermassen lasten, die verlanat hatten, daß die Regierung so und nicht anders zusammengeleitet werde.

Es fällt naturgemäß nicht in den Rahmen dieses Artikels, die abhängigen Sozialdemokraten zu loben oder zu tadeln; zu ersterem haben wir wirklich keine Veranlassung und letzteres wollen wir uns hier verlagern.

Vorank es aber hier ankommt, an den prinzipiellen, tiefer liegenden Gründen der Enttäuschung mancher Parteikreise tragen die Abhängigen jetzt nicht die Schuld, wenn wir auch sehr gerne zugeben, daß diese Herren in sehr vielen Dingen, die aber hier sekundärer Natur sind, gesündigt haben.

Wie schon gesagt, die Schuld an der Enttäuschung tragen diejenigen in sich selber, die zu große Erwartungen den Auswirkungen der Revolution entgegengebracht hatten.

Tatsachen sind auch heute noch „harte Dinge“, und auch die gelungenste Revolution besitzt seinen Rauberfuß, mit dem sie Wasser aus dem Felsen schlägt, mit dem sie Steine in Brot verwandelt, mit dem sie alles Erwünschte aus der Erde stampfen kann. Auch ihr kann kein Kornfeld auf der flachen Hand wachsen.

Das würde sogar zu alten haben bei vorkriegsartigen, normalen Zeiten, geschweige denn gegenwärtig. Das gilt für alle Güter und Gebrauchsgüter des Lebens.

Wir haben, auch wenn wir die gesamte Weltwirtschaft ins Auge fassen, auf dem Gebiete des Ernährungswezens zum Beispiel immer nur sozusagen aus der Sand in den Mund gelehrt. Ans Gewicht fallende Vorräte konnten niemals irgendwo aufbewahrt werden.

Die Bevölkerungszahl unseres Erdballes steht eben in Wechselwirkung mit den Ernährungsmöglichkeiten.

Größere Ernährungsmöglichkeiten bedingen eine Zunahme der Bevölkerungszahl. Allerdings gibt auch eine gekürzte Bevölkerungszahl den Anreiz und Anlaß, mehr Ernährungsmöglichkeiten zu schaffen. Das kann aber dann nur in langsamer, organischer Weise erfolgen.

Aber erst, wenn wir in der Lage sind, die Ernährungsmöglichkeiten schneller zu steigern als der zunehmenden Bevölkerung entspricht, oder wenn wir die Bevölkerungszunahme zu regeln vermögen, werden wir die Lebensbedingungen des einzelnen besser gestalten können.

Um ein drastisches Beispiel herauszuarbeiten. Wollten wir zum Beispiel Kaviar und Summern, Ideal und Lebenswunder anderer Drogen der bestehenden Klasse, heute gleichmäßig der Bevölkerung zuführen lassen, dann würde wohl kaum eine Summernschäre oder ein Teelöffel Kaviar den jährlichen Weihnachtstisch jeder Familie bereichern.

An diesen Tatsachen wird nichts geändert, selbst wenn die Arbeiter ihren täglichen Verdienst auf 100 Mark pro Tag hinaufschraubten. Die Preise für alle Bedarfsartikel hielten mit der Lohnsteigerung eben gleichen Schritt.

Das Niveau der Lebenshaltung würde sinken, wenn die Arbeiter etwa die Arbeitszeit so verkürzten, daß dadurch die Produktion gehemmt und verkleinert würde.

Es wird auch nichts geändert an jenen Tatsachen, wenn selbst die Arbeiter die Klassenstände der Bestehenden bis auf den letzten Heller leeren würden.

Es würde für absehbare Zeit auch nichts geändert werden an jenen Tatsachen, wenn wir sämtliche Betriebe in Stadt und Land restlos über Nacht sozialisieren wollten.

Aber wahrscheinlich würde durch letztere Maßnahme in gegenwärtiger Zeit eine gewaltige Verschlechterung der allgemeinen Lebenslage unseres Volkes bewirkt werden.

Die Arbeiter der Maschinenfabrik Benski, Graudenz, handelten klug, als sie das Anerbieten des Betriebsbesitzers, ihnen den Betrieb zur Sozialisierung zu überlassen, nach Kenntnisnahme der Verhältnisse, zurückwiesen. Tag Herr Kommerzienrat Benski die Suppe nur selber auslöffeln.

Die Ueberführung der Betriebe in die sozialistische Wirtschaftsform kann eben nur in geordneten Verhältnissen, in organischer Weise vollzogen werden.

Daß die Sache auch anders gemacht werden kann, dafür hat die Geschichte bisher noch nicht den Beweis erbracht.

Aber der Gegenbeweis dafür ist in Rußland geliefert. Dort gab die schwache demokratische Kerenski-Regierung, in der sehr viel geredet, aber ebensowenig gehandelt wurde, und die, anstatt Frieden zu schließen, sich schließlich zu der hoffnungslosen Juli-Offensive drängen ließ, den russischen Volkswirtschaften die Möglichkeit, die politische Macht an sich zu reißen.

Wie die Volkswirtschaft ihre Macht ausnützen, wissen wir. In Rußland war es eben möglich, nach der Verfallszeit der Struktur des Bodens, nach den Eigenschaften des russischen Volkes, daß eine Minderheit dem ganzen Volke durch Terror überliefert Art die Diktatur auferlegen konnte.

Dort wurde dann planmäßig und stürmisch alles Bestehende vernichtet, die ganze Herrenklasse mit samt ihren Dienern zum Teufel gejagt und gewaltmächtig alles sozialisiert.

Welche Folgen hat das gezeitigt? Die russische Industrie ist vernichtet, die sozialistisch bewirtschafteten Betriebe können nur sehr teilweise und mit weitgehender Staatsunterstützung halbwegs lebensfähig erhalten werden.

Die Produktion ist auf ein Minimum herabgedrückt. Das Finanzwesen ist völlig zerrüttet.

Das Volk und gerade die Industriearbeiterklasse, soweit diese nicht in die Bauerndörfer geflüchtet ist oder in der „Roten Garde“ Kriegsdienste tut, hungert, friert und stirbt an Seuchen.

Bürgerkrieg tobt in Vermonenz. Und der Kapitalismus in Rußland, der ausgerottet werden sollte mit Stumpf und Stiel?

Durch die Hintertür ist er wieder hineingeschlüpf, breitet sich aus und wächst und wird sehr bald die kurze sozialistische Zwangsherrschaft ablösen. Das Experiment hat eben kein anderes Resultat gezeitigt, als die Hintertür eines großen Trümmerhaufens, es hat den Kapitalismus gezwungen, wieder von vorn anfangen zu müssen, und es hat für Generationen in Rußland den Sozialismus diskreditiert.

So konnte und durfte es eben nicht gemacht werden, und die Spuren sollten uns schrecken.

In Deutschland haben wir durch die November-Revolution restlos die demokratische Republik erritten. Wir haben damit in der Vorwärtsentwicklung einen Sprung getan, den wir alle insgesamt vor wenigen Jahren noch für unmöglich gehalten hätten.

Wir wissen, daß auf dieser Grundlage bei der voranschreitenden industriellen Entwicklung Deutschlands, bei der

stark überwiegender proletarischer Bevölkerung die sozialistische Wirtschaftsweise notgedrungen sich organisch entwickeln muß, und da sollten wir uns auf vage Experimente einlassen, die nicht nur alles gefährden könnten, sondern mit Notwendigkeit alles zerstören müßten, und die den Sozialismus für viele Jahrzehnte diskreditieren würden?

Die November-Revolution hat die Fundamente gelegt, auf denen der sozialistische Bau errichtet werden wird.

Im Raum für die Fundamente zu schaffen, mußten die Gräben in den Felsen des halb absoluten kapitalistischen Systems hineingeprengt werden.

Mit dem Blut von vielen Hunderttausenden, die während der letzten Jahre hingegehört wurden, sind die Quadersteine der Grundmauern gekittet.

Zum Weiterbau an dem sozialistischen Volkshause fehlt momentan nichts weniger, wie fast alles Material.

Nest gilt es aber vor allem, die Fundamente zu schützen. Feinde ringsum! Von rechts her rücken sie an, um die Quadersteine aus dem Gefüge zu bringen; von links her rücken sie an, um in stürmischer Hast auf unsern Fundamenten einen eisdernen Notbau zu errichten, der notgedrungen zusammenstürzen und im Fallen die Grundmauern völlig erschüttern würde.

Es gilt, zur Verteidigung alle verfügbaren Kräfte auf die Schanzen zu rufen.

Man mag über die alte sozialdemokratische Partei denken, wie man wolle. Auch wir betrachten diese mit sehr gemäßigten Gefühlen.

Aber trotz alledem, es wird nicht einem einzigen von uns Unabhängigen einfallen, zu behaupten, daß nicht auch die Abhängigen sich wenigstens voll und ganz auf den Boden der demokratischen Republik stellen.

Diese demokratische Republik ist der Inhalt der November-Revolution. Ueber diesen Inhalt hinaus können wir bei den derzeitigen Verhältnissen leider nur sehr wenig weiter treiben.

Es gilt jetzt vor allem, diesen Inhalt siegesicher zu verteidigen.

Bei dieser Verteidigung werden die Abhängigen unter allen Umständen unsere verlässlichen Helfer sein.

Selbstredend sollen sich die Armeen bei diesem gemeinsamen Verteidigungswerk nicht vermengen. Auf dem einen Flügel kommandiert Ebert-Scheidemann seine Armee auf dem andern sind Saase-Ledebour unsere Generalfeldmarschalls.

Dann wird der spätere Weiterbau unseres sogenannten Volkshauses gesichert sein.

Natürlich müßten wir zu diesem Zwecke eine taktische Frontschwänkung vornehmen. Die Frontschwänkung kann unserm Heereskörper aber doch nur auf bekommen.

Allein schon aus dem Grunde, weil es eine noch ungünstigere Position, als die, in der wir momentan stehen, ja gar nicht geben kann.

Deswegen desertieren unsere Truppen nach allen Seiten. Das hat Dresden, das hat jetzt wieder Chemnitz bewiesen.

Wir sind in die Regierung hineingegangen, weil uns das Errungene wertvoll genug erschien, um es zu schützen. Sonst hätten wir draußenbleiben müssen, um mit den Spartakisten erst die „richtige Revolution“ zu machen, und das Ding über sich hinauszutreiben.

Da das aber gegenwärtig leider eine Unmöglichkeit ist, dürfen wir unsere Aufgabe nicht darin erblicken, die Regierung zu lähmen, sondern wir müssen sie aktionsfähig machen, damit das Errungene erhalten bleibt und gegen rechts und links so fest verankert werden kann, daß keine wie auch geartete Nationalverfallung an diesen Grundmauern zu rütteln in stande ist.

Haben wir diese Aufgabe vollbracht, dann werden wir uns aller Voraussicht nach nicht weiter in den kommenden Regierungen zu betätigen brauchen.

Dann erwächst uns eine andere Aufgabe, eine Aufgabe, die heute noch nicht gestellt ist und nicht gestellt sein kann.

Die Aufgabe nämlich, Stürmer und Dränger zu sein. Dann können wir vor dem Volke/ allen falschen Propheten und allen Verrätern an der Sache des Sozialismus, wo immer sie sich befinden, die Maske vom Antlitz reißen.

Dann können und werden wir die Massen um unser Heidenloses, leuchtendes Banner sammeln und den stolzen Bruchbau des sozialistischen Volksstaates auf den in den Novembertagen errichteten granitenen Fundamenten vollenden.

## Groß-Berlin.

### Auch ein Dokument der Revolution.

Von einem aus dem Felde heimkehrenden Genossen, welcher bei der Oberpostdirektion Berlin um Beschäftigung nachsuchte, wurde uns eine Karte vorgelegt, in welcher genannte Stelle die Ablehnung des Gesuches mitteilte. Der Gesuchsteller ist Familienoberhaupt und 38 Jahre alt, so wurde dem am Ende der Mitteilung die Ablehnung einer Einstellung mit folgenden Satz begründet:

„Im übrigen haben Sie die zulässige Höchstgrenze im Lebensalter bereits überschritten.“

J. B. Roersberger.

Ober-Postdirektion II. D. 2. Berlin.

Also „Die Höchstgrenze im Lebensalter bereits überschritten.“ Warum darf eine Behörde mit solch höhnischen Worten einen Arbeitssuchenden absperrn. Heute, 6 Wochen nach Beginn der Revolution, nachdem seit 6 Wochen die Regierung aus Führern des Proletariats besteht? Nachdem Menschen zu Hunderttausenden die Höchstgrenze des Lebensalters bereits überschritten hatten, in Dreck und Schmutz und in steter Lebensgefahr, in den langen Kriegsjahren ihr Leben und Gesundheit für das „Vaterland“ zum Opfer brachten. Ist das die Quittung dafür? Ist es nötig, daß sich ehemalige Feldzugteilnehmer von einer solch hoffseligen Bureaukratie einen Hausfächer ins Gesicht verfeigen lassen müssen? Der Volksbeauftragte Barth betonte mit Recht auf dem Kongress der A- und S-Räte, die Arbeiter wollen Taten der jetzigen Regierung sehen.“ Da gilt es vor allen Dingen, den Staatsbehörden einmal etwas vom Geiste des Sozialismus einzupumpen. Jenen Staatsbehörden, die bisher ihr strenges Augenmerk darauf richteten, daß bei Einstellungen von Personen usw., absolute Stubeinheit in politischer Beziehung gewährleistet war. Hier gilt es, den Finger in die Wunde zu legen, mit Verfügungen und Erlassen ist nicht gedient, daß dürfte der jetzigen Regierung wohl auch bekannt sein, hier müssen Kontrollorgane in den verant-

Wählenden Stellen sitzen, die nicht nur Kontrolle ausüben, daß von nun an auch alles den Geist des Sozialismus atmet, sondern alles das prüft, was bis jetzt Geiz und der Menschheit eine Pest war, aber in die neue Zeit nicht mehr hineinpaßt. Diese Organe müssen gleichzeitig die sich herausstellenden Mängel und eingehende Beschwerden zu fertigen Vorschlägen verarbeiten. Zu Vorschlägen, wie sie die neue Regierung der neuen Zeit entsprechend zum Wohle der arbeitenden Klasse annehmen kann. Die sozialistische Arbeiterbewegung hat genügend Köpfe erzeugt, die heute derartige Funktionen ausüben können. Man greife die Intelligenz der sozialistischen Arbeiterklasse zur Mitwirkung heran, Arbeitskräfte in diesem Sinne dürften der neuen Regierung jetzt im genügenden Maße zur Verfügung stehen.

### Freies Wahlrecht zur Handelskammer.

Der Zentralausschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine verhandelte am 20. Dezember über einen Antrag auf sofortige Abänderung des Handelskammerwahlrechts. In der Aussprache erklärten Vertreter der Handelskammer, daß das allgemeine, gleiche und geheime Proportionalwahlrecht so schnell als möglich durch Änderung des Statuts festgelegt und bei den nächsten Wahlen zur Industrie- und Handelskammer Berlin zur Anwendung gelangen soll. Eine Resolution, die von dieser Erklärung mit Befriedigung Kenntnis nimmt und der bestimmten Erwartung auf schnellste Durchführung der Reform Ausdruck gibt, wurde einstimmig angenommen.

### Getragene Zivilkleidung darf nicht verkauft werden.

Der Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin teilt im Benehmen mit dem Rat der Volksbeauftragten mit, daß die entgeltliche Veräußerung getragener Zivilkleidung an Privatpersonen oder andere Stellen als den zuständigen Kommunverband noch wie vor verboten ist. Daher sind Inserate, durch welche getragene Sachen zum Verkauf angeboten werden oder zum Verkauf an Inserenten aufgeföhrt wird, unzulässig, weil sie der Unterstützung strafbarer Handlungen dienen.

Wo bleiben die Millionen-Überschüsse der Viehhändlerverbände? Der Brandenburg-Berliner Handelsverband hat bekanntlich schon Millionenüberschüsse erzielt. Bei den hohen Vieh- und Fleischpreisen ist das natürlich kein Kunststück. Sie sollen für die Landwirtschaft nutzbar gemacht werden. Die Viehhändler sind indes so enorm, daß es wohl an der Zeit wäre, einmal bekanntzugeben, ob diese Millionen auch für die märkische Landwirtschaft verwendet worden sind. Man munkelt nämlich, daß sie auch für andere Zwecke außerhalb des Verbandsgebietes Verwendung gefunden haben. Das wäre eine schöne Verwendung. Wir bringen das viele Geld auf und andere Stellen es ein. Der Oberpräsident sollte hier einmal aufklärend wirken. Verwendung wird das viele Geld schon finden.

Die Weihnachtsferien. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat die diesjährigen Weihnachtsferien für alle Schulanstalten (höhere, mittlere und Volksschulen) in Berlin und allen Orten der Provinz Brandenburg bis einschließlich Sonnabend, den 11. Januar 1919, verlängert. Der Tag des Schulanfanges ist somit Montag, der 13. Januar, n. J. Der Anlaß zu dieser Maßnahme bildet der bevorstehende Brennstoffmangel.

Schlusssitzung des Bureaus. Am heutigen Dienstag, den 24. Dezember, werden sämtliche städtischen Bureaus und Ämter, auch die Bureaus der Feststelle Groß-Berlin (Misch), um 1 Uhr geschlossen.

Das Verzeichnis der Wahlkommissare für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung führt für den Wahlkreis Berlin Herrn Stadtrat Böhmig als Kommissar und Herrn Stadtrat Wieland als dessen Stellvertreter auf. Für die Kreise Potsdam 1-9 ist Herr Oberregierungsrat Dr. Erbslöh als dessen Stellvertreter Regierungsrat Karbe, für Potsdam 10 Oberregierungsrat Dr. Bergenthal, als dessen Stellvertreter Regierungsrat Steinbed genannt.

Zulage für Altersrentenempfänger. Der Magistrat macht bekannt, daß Altersrentenempfänger für das Kalenderjahr 1919 eine monatliche Zulage von 8 Mark erhalten. Die im Gemeindebezirk der Stadt Berlin wohnenden Empfänger erhalten Quittungsvordrucke in den Polizeirevierbüros ihres Bezirkes oder im Versicherungsamt der Stadt, Klosterstr. 65/67, Hof, Aufgang C, 2 Treppen, Zimmer 20 oder bei der Landesversicherungsanstalt Berlin, Am Köllnischen Park 3, in den Dienststunden von 9-3. Als Ausweis dient ein Quittungsvordruck über die laufende Rente oder der Rentenfeststellungsbefehle.

Veranstaltungen der Bildungsabteilung der Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin in der Zeit vom 26. bis 28. Dezember 1918. 26. Dezember 1918. Zentralcharakter: Erziehung zur Ehe, abends 7 Uhr: Weihnachtsfeier in Charlottenburg, Aula der 22. Gemeindekirche, Nibelungenstr. 34 (Eintritt frei). 27. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Weihnachtsfeier, Brandenburgstr. 37, 2. Pflanzschulbildungsschule für Mädchen (Eintritt frei). 28. Dezember 1918. Concordia, Andreastr.: Märchen-Licht- und Lebewald für Kinder (Eintritt frei). Für sämtliche Vorstellungen werden Karten herausgegeben. Die Ausgabestellen der Karten sind aus den in den Arbeitsnachweisen, in den Geschäftsstellen und Gewerkschaftsbüros ausgehängten Plakaten zu ersehen.

Ein blutiger Zusammenstoß mit Einbrechern, bei dem eine Person getötet und drei verwundet wurden, ereignete sich gestern abend in der Kottbusstraße 10. Hier nahm die Schankwirtin Frau Böhmig wahr, daß Einbrecher in ihrer hinter den Schankräumen belegenen Wohnung im Erdgeschoß bei der Arbeit waren. Sie schlug Alarm, und der erste, der sich anschaute, den Verbrechern zu Leibe zu gehen, war der 21 Jahre alte Maschinenbauer Karl Streife, der in diesem Augenblick gerade nach Hause kam. Im Begriff, ihnen den Ausgang abzuschneiden, besand er sich noch auf dem Hofe, als die Einbrecher begannen, sich mit Schiffschiffen den Weg freizubalden. Die erste Angel traf sofort den jungen Streife so schwer, daß er tot zusammenbrach. Sie war, wie später festgestellt wurde, durch die rechte Schulter in die Brust eingedrungen. Gleich darauf fielen noch vier Schüsse. Einer traf Frau Böhmig in die Brust. Auch sie wurde schwer verletzt, konnte aber zu Hause in ärztlicher Behandlung bleiben. Mit leichteren Verletzungen kamen ihr Schwager und ein Soldat ab. Die Schiffe und die Dillerte riechen große Aufregung hervor. Bevor jedoch Hausbesitzer oder andere Leute den Verbrechern beibringen konnten, mischen die unbekannteren Verbrecher und entkommen. Sie können vorläufig noch nicht beschrieben werden, weil Frau Böhmig, die sie bei der Entdeckung des Einbruchs vielleicht genauer gesehen hat, noch vernehmungsunfähig daniiederliegt.

4. Kreis. Die Genossen werden nochmals auf die am zweiten Feiertag in der Concordia, vormittags 11 Uhr, stattfindende Veranstaltung aufmerksam gemacht. Bislang sind noch im Wahlkreisbezirk, Königsberger Str. 97, zu haben.

Treptow-Baumkulturreis. Auch ein Volksversteher wird wunder von demen gedruckt haben, die Gelegenheit hatten, den Reichssozialdemokraten Herrn Aldin Gerich, seines Zeichens früher Parteikassierer, in der Gemeindevorstanderversammlung seine hochinteressanten Ausführungen zu hören. Er sprach davon Sozialisten, von sozialistischer Politik und von Webergreifen, weil der Arbeiter- und Soldatenrat verlangt, daß von den zurückgebliebenen, jetzt arbeitslosen Kriegern, die ortsanfällig und verheiratet sind, 18 Tausend für den Soldatenrat eingelegt werden sollen. Herr Gerich meinte, daß das der Gemeinde 65 000 M. im Jahre kosten würde. Er hätte den Betrag doch besser gleich für zehn Jahre ausgeben sollen, das hätte doch wahrscheinlich noch abschreckender gewirkt. Weiter geht auf Herrn Gerich nicht, daß der Arbeiter- und Soldatenrat Abwehrmaßnahmen gegen feigende Hausbesitzer ergreifen hatte; dazu hätte der Arbeiter- und Soldatenrat kein Recht und hätte seine Funktionen überschritten. Ferner

meinte Herr Gerich, der Arbeiterrat hätte überhaupt nicht zu Recht, weil die Wahlen dazu nicht öffentlich bekanntgemacht seien und seine Partei keine Vertreter in demselben habe, deshalb nicht die Parität gewahrt sei. Das alles behauptet Herr Gerich, trotzdem gerade er weiß, daß das zum Teil sich anders verhält und zum anderen Teil überhaupt nicht wahr ist. Herr Gerich hatte dafür auch den Erfolg, auf den Befürwortern der noch durch das Dreiklassenwahlrecht Erwählten ein wohlgefalliges Lächeln hervorzuzaubern. Nur die Ortsbewohner, die auf der Treptow Platz genannten hatten, waren über die Ausführungen anderer Meinung. Es kam zu Zwischenrufen und zu Unruhen, welche Gelegenheit der Bürgermeister Herr Schablow scheinbar freudig ergreift, um die Sitzung vor Erledigung der Tagesordnung zu schließen. — Noch eine andere Spezialität von Sozialdemokraten haben wir in unserem Ort, Herr L e m m, derselbe Herr Lemm, der bei der Spaltung unseres Wahlkreises mit eine Hauptrolle spielte und jetzt folgende unabhängige Handlung fertig brachte. Vor mehreren Wochen verhandelte durch Unglücksfall der zweite Vorsitzende unseres Wahlkreises, der Genosse Dorst und Frau, als Vorsitzender für Treptow hatte er viel Eigentum des Wahlkreises, etwa 100 Bücher von eingezogenen Mitgliedern, Beitragsmarken, Stempel usw. Die Wohnung wurde aber von der Staatsanwaltschaft wegen des Unglücksfalles beschlagnahmt. Wir konnten deshalb unser Eigentum nicht herausbekommen. Durch Verhandlung mit den Verwaltenden sollte das Material bei Cessung der Wohnung an den ersten Vorsitzenden ausgehändigt werden. Viele wiederholte Anfragen waren immer vergebens, die Wohnung blieb geschlossen. Die eingezogenen Mitglieder kamen jetzt täglich zurück und verlangten ihre Bücher, also es eilte. Endlich wurde uns die Mitteilung, daß die Wohnung geöffnet sei, aber auch gleichzeitig, daß schon jemand dagesessen sei, der das Eigentum unseres Wahlkreises abgeholt hätte. Und wer war es? Der Herr L e m m, Reichssozialdemokrat in Treptow-Baumkulturreis. Eine Bilanzleistung eigener Art! Und dabei foheln diese Herrschaften von Einigung, dieselben, die den Staat und die Herrlichkeit unseres Wahlkreises gemollt und hervorgerufen haben. Eigenartige Einigungsbemittel, die Herren Gerich und Lemm.

Leutnant. Für vergangenen Sonntag hatte der Bürgerverein eine Versammlung einberufen, um gegen die Amtsenthebung des Gemeindevorstanders durch den örtlichen „Arbeiterrat“ zu protestieren. Die mit der Grundbesitzerclique verbundenen Reichssozialisten sprengten jedoch — nachdem ihr Vorsitzender ausdrücklich erklärt hatte, es würde keine Ruhe geben, wenn man ihn nicht zuerst zu Wort kommen lasse — die Versammlung, worauf die Bürgervereiner und der Bürgermeister den Saal verließen. Und nun entspann sich ein Kampf um die Person des Bürgermeisters. Die Sprengkollonnen versuchten, ihn mit Gewalt im Saal zu halten; er wurde jedoch von einem Polizeiwachtmeister befreit. Dann gab Dr. Ostrowski namens des unter Ausschaltung der Arbeiter gebildeten „Arbeiterrats“ einen Bericht über die Umstände, unter denen die Amtsenthebung des Bürgermeisters vor sich gegangen ist. Einen breiten Raum nahm dabei die Panföhre Bau- und Terrainspekulation (an der die Gemeinde beteiligt ist) ein, die der Grundbesitzerclique nicht nur wegen der Art der Geschäftsführung, sondern überhaupt ein Greuel ist. Die Versammlung erklärte sich einstimmig für die Amtsenthebung des Bürgermeisters. An Stelle der Bürgermeisterei hat sich jetzt die Grundbesitzerclique mit ihren vorgeschobenen Männern gesetzt. Die U. S. B. veranstaltet nächsten Sonnabend in der Gemeindefesthalle eine Versammlung, um sich mit diesen Dingen zu beschäftigen.

Wetten. Die zahlreichen Einbruchsdiebstähle in den letzten Wochen haben den Gemeindevorstand im Verein mit dem Arbeiter- und Soldatenrat veranlaßt, einen umfangreichen Wochendienst einzurichten. Dieser soll in erster Linie durch die vorhandenen Wochenschichten, dann aber auch durch Freiwillige aus der Einwohnerwehr ausgefüllt werden. Anmeldungen werden im Amtsbüro entgegengenommen.

Schwimmverein „Vorwärts“ Berlin 1897 hat seine Übungsstunden jeder Mittwoch von 1/2 11 Uhr ab im Stadtbad Neukölln, Banghofer-Strasse, Aufnahme von Nichtmitgliedern, Männern, Damen und Jugend, daselbst. Sonstige Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Vereins, Lichtenberg, Hauptstr. 6.

### Lebensmittellalender.

Käseverteilung. Bis Freitag, den 27. Dezember 1918, wird an diejenigen Kunden, die in den Speisekartenlisten der in den Bezirken der 22., 23., 24., 25., 45., 47. und 51. Bezirkskommission gelegenen Geschäfte (Mikalen, Verkaufsstellen) eingetragten sind, pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt in denjenigen Geschäften, die durch ein Aushängebild: „Verkauf von Käse der Feststelle Groß-Berlin“ gekennzeichnet sind.

Santow. Auf den Bezugs- und Quittungsabchnitt 6 der Panföhre Lebensmittelliste 125 Gramm ausländischen Weichkäse, Preis 1,20 M. Auf den Abchnitt 9 kann entnommen werden: eine Dose Sardinen zum Preise von 1,20 M. oder eine Dose Sardinen in Brühe zum Preise von 0,90 M. oder eine Dose Sardinen in Tomaten zum Preise von 1,10 M. oder 1/2 Pfund Kräuterheringe zum Preise von 0,88 M.

### Aus den Organisationen.

Johannisthal. Vor einer über 1000 Personen zählenden Zuhörerschaft sprach hier der Genosse Fritz Zubeil über das Thema: „Sind die Erregungsschossen der Revolution im Verfahr?“ Die Revolution, so führte er aus, liege noch am Fuße des Berges und es bedürfe noch schwerer Kämpfe, um den Gipfel zu erreichen. Das, was bisher geschah, bestrebe um alle noch nicht. Koch seien diese Reaktionen in Amt und Würden. Auch könnten wir zu einer Regierung, welcher Art sie auch sei, kein Vertrauen haben, in der Kriegstreibewilliger sitzen. Man weiß auf die Wahlen in Anhalt und Westfalen hin, wo so viele Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben seien. Aber wer nenne sich heute nicht Sozialdemokrat! Die Regierungsozialisten nennen sich ja auch so. Und doch trennen sie ihre und unsere Wege. Denn sie haben während der letzten 1/2 Jahre für die Bourgeoisie mehr getan als für die Arbeiter. Wenn unser Einfluß auf die Arbeiter, und besonders auf die aus dem Felde zurückgebliebenen, noch so gering sei, so liege das daran, daß uns Presse- und Versammlungsfreiheit nicht in demselben Maße zur Verfügung standen wie den Scheidemannern. Was die Regierungsfähigkeit der Arbeiterklasse betreffe, so seien genug befähigte Leute in ihr vorhanden. Zum Bolschewismus werde es nicht kommen, aber die Hege gegen Personen wie Liebknecht und Rosa Luxemburg, die mit ihrem Leben für ihre Ueberzeugung einsetzten, sei hart zu verurteilen. Man blide lieber noch rechts. Sogar die neu gegründete deutsche demokratische Volkspartei werde Anhaltsozialisten vertreten. Umsonst habe die Luftverkehrs-Gesellschaft nicht 2000 M. in den Agitationsfonds dieser Partei gestiftet. Dann wies Redner noch darauf hin, daß die Frauen, die jetzt das erstmal an die Wahlen treten, noch vielfach unangepaßt seien. Unsere Aufgabe sei es nun, das Verträumte nachzuholen. Wenn aber der Ruf ertöne: Auf zum Kampf, dann müsse jeder bereit sein, selbst mit seinem Leben für die erlangene Freiheit einzutreten. Stürmischer Beifall folgte diesen Ausführungen, der sich auch noch bei einzelnen Rednern in der folgenden Diskussion bemerkbar machte, wenn diese eine entsprechende Politik forderten. Mit einer Aufforderung des Vorsitzenden, der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei beizutreten, schloß die Versammlung.

Bezirk Weidmannslust und Umgegend. Freitag, den 27. d. M. (3. Feiertag), abends 7 Uhr, findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, und zwar in Weidmannslust im Schwerehaus, Planstr. Mitglieder aus allen Orten, die unserem Bezirk angeschlossen sind, werden gebeten, zu erscheinen. Die Tagesordnung.

## Gewerkschaftliches.

### Protestversammlung der Angestellten der Reichsstelle für Gemüse und Obst.

In der am Montag nachmittag nach dem „Schwarzen Adler“ in Schöneberg einberufenen außerordentlich beschleunigten Versammlung wurde Bericht erstattet über die Verhandlungen des Aktionsausschusses der Kriegsgewerkschaften mit den in Frage kommenden Behörden. Unter lebhaften mißbilligenden Aeußerungen nahmen die Angestellten Kenntnis von der Ablehnung ihrer Forderungen einer ausreichenden Teuerungszulage und einer zeitgemäßen Weihnachtsgroßzahlung. In der sich anschließenden Debatte wurde von den einzelnen Rednern das Verhalten der Behörden gebührend gekennzeichnet und als wichtigste Waffe für die Durchsetzung der berechtigten Forderungen immer wieder auf die notwendige gewerkschaftliche Organisation der Angestellten verwiesen. Am Schluß gab folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde, dem Willen der Versammlung Ausdruck: Die Angestellten der Reichsstelle für Gemüse und Obst nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß von den zuständigen Instanzen die beschiedenen sekundären Forderungen abgelehnt worden sind. Sie erblickt in dieser Ablehnung eine Richtschnur ihrer durch schwere wirtschaftliche Not bedrohten Lebensinteressen. Die Angestellten der Reichsstelle für Gemüse und Obst ist fest entschlossen, in Gemeinschaft mit den in gleicher Lage befindlichen Angestellten sämtlicher Kriegsgewerkschaften, die durchgreifendsten Mittel zu ergreifen, um ihre Forderungen durchzukämpfen. Die Angestellten der Reichsstelle erwarten, daß der Betriebsangestelltenrat wie bisher sofort Hand in Hand mit den Angestellten der anderen Kriegsgewerkschaften und den Gewerkschaften entschlossen die zur Durchführung notwendigen Entscheidungen trifft.

### Blumen-, Blätter- und Federarbeiter und -arbeiterinnen!

Achtung! In einem Aufruf an alle Angestellten der Damenputzbranche und ihrer Industrie, besonders der Seiden-, Blumen-, Federn-, Damen- und Kinderputzbranche aus Engros-, Detail- und Fabrikbetrieben wird Propaganda gemacht zum Eintritt in den Angestellten-Verband der Putz- und Modewirtschaft!!! Am 19. Dezember fand eine Versammlung aller in obigen Betrieben Angestellten statt, in der die Einberufung aller in obigen Betrieben Angestellten zum Beitritt zum Verband als erstrebenswert zu bezeichnen, nur wird entschieden bestritten, daß es dem neu gegründeten Verband möglich ist, in absehbarer Zeit auch nur einen dieser Punkte zur Durchführung zu bringen. Für alle in obigen Betrieben Beschäftigten bestehen bereits große leistungsfähige Organisationen, das gilt besonders auch für die Blumen-, Blätter- und Federarbeiter und -arbeiterinnen. Diese Neugründung bedeutet also eine Zersplitterung der Kräfte, zum Schaden der Arbeiterschaft. Gerade in der jetzigen Zeit ist es mehr als notwendig, alle Kräfte zu vereinen, um das Ziel zu erreichen, das sich die freien Gewerkschaften gesetzt haben: Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Wir warnen daher alle Blumen-, Blätter- und Federarbeiter und -arbeiterinnen, diesem Aufruf zu folgen und fordern sie auf, die Augen offen zu halten und allen etwaigen Grundungen von Ortsgruppen des neuen Verbandes entschieden entgegenzutreten. Sie würden nur unangenehm ihre sauren verdienten Groschen dem neuen Verbande zuföhren, ohne dieselben jemals verginst zu erhalten. Der Organisationsgedanke hat in dieser Zeit auch unter den Blumen-, Blätter- und Federarbeitern und -arbeiterinnen erfreuliche Fortschritte gemacht; geben sie diesem Gedanken dadurch Ausdruck, indem sie alle dem Verband der Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen beitreten. Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zehlfeldstr. 6, Berlin.

Bereitigung des Streiks beim Schuhwarenhaus Carl Stiller. Durch Abschluß eines Vertrages zwischen dem Zentralverband der Handlungsgeschäften und dem Schuhwarenhaus Carl Stiller ist der Streik der kaufmännischen Angestellten bei dieser Firma beendet worden. Die Firma hat sich bereit erklärt, den Angestellten Entschädigungsbeiträge in Höhe von 100 bis 400 M. je nach der Dauer ihrer Beschäftigung zu gewähren. Ferner hat die Firma die Gehälter um 10 bis 50 Proz. erhöht. An Urlaub wurde bewilligt die Beschäftigung bis zu einem Jahre 7 Tage, bis zu 3 Jahren 14 Tage und darüber 21 Tage. Kriegsteilnehmer werden wieder eingestellt, und zwar zu ihrem früheren Gehalt nebst Zulage nach obiger Regelung. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks dürfen nicht vorgenommen werden. Die kaufmännischen Angestellten hatten deshalb beschlossen, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen.

In alle Hotel-, Restaurant- und Gaststätten! Eine in der Weidmannslust tagende öffentliche Versammlung unserer Verbandsangehörigen hat einstimmig beschlossen, Weihnacht heiligen Abend 6 Uhr die Arbeit einzustellen. Unsere bis zu 16 Stunden pro Tag während der Arbeitszeit gibt und ein moralisches Anrecht gleich allen anderen Berufen, auch Weihnachten zu feiern. Unseren heimgekehrten Kriegern soll und muß es vergönnt sein, nach der furchtbaren Zeit des Völkermordens diesen Abend im Kreise ihrer lieben Nächsten zu verbringen. Am ersten Feiertag ist jeder verpflichtet, seine Tätigkeit pünktlich aufzunehmen. Sokonen! Ist Solidarität, zeigt Euch würdig dieses Aufrufs, föhlt Euch als gleichberechtigte Menschen! Bürger, Bürgerinnen! Unterstützt uns in unserem schwereren Kampf zur Erreichung menschenwürdiger Verhältnisse, merdet die Gastwirtschaften, zeigt unsern Arbeitgebern, daß Ihr für diesen Abend freiwillig auf das Gasthauslohn verzichtet.

Die Mechaniker, Uhrmacher und Optiker nahmen gestern in einer Versammlung den Bericht über die Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation über den abgelaufenen Kollektivvertrag entgegen. Kollege Konsti berichtete über die am 15. Dezember gepflogenen Verhandlungen, deren Ergebnis, in folgenden Grundfragen niedergelegt, der Versammlung zur Annahme oder Ablehnung unterbreitete: 1. Es wird für die Berechnung des Affordbas für jeden Beruf eine Affordbasis von 2,80 M. festgelegt. Werden Affordarbeiter zunächst im Lohn befristet, so beträgt dieser Lohn 2,80 M. minus 15 Prozent, also 2,38 M. Die Affordbasis gilt für den Arbeiter durchschnittlicher Leistungsfähigkeit. Der einzelne Affordarbeiter kann einen höheren oder geringeren Verdienst erzielen, eine Voretzung findet weder nach oben noch nach unten statt. Afford, die am 9. Dezember aus einer höheren Affordbasis standen, dürfen nicht verdrängt werden. 2. Der Lohn kranker oder invalider Arbeiter unterliegt der freien Vereinbarung. 3. Für angeleitete und ungelernete Arbeiter unter 18 Jahren können besondere Bestimmungen getroffen werden. 4. Das Abkommen über die Höhe kann jederzeit gekündigt werden, erstmalig jedoch erst am 31. Januar 1919. Die Kündigungsfrist beträgt 14 Tage. In der Diskussion trat eine große Zustimmung über die geringen Zugeständnisse der Unternehmer aus, worauf als Grundbasis 3,50 M. gefordert worden! Aber der schwache Wunsch der Versammlung ließ klar erkennen, daß die Kräfte der Kollegen nicht gewillt ist, es auf eine Kraxiprose ankommen zu lassen. Der Vorsitzende Kollege Weber legte dar, daß unter den gegebenen Verhältnissen ein günstigeres Resultat nicht erzielt werden konnte, bedeuten doch die getroffenen Abmachungen immerhin für 80 Prozent aller Kollegen eine Aufbesserung. Bei einer Ablehnung der nur bis zum 30. Januar gültigen Vereinbarung würden wir uns außerhalb des Kollektivvertrages stellen, was einer Verflechterung gleich käme. Wegen einer starken Minorität wurden dann die oben angeführten Grundätze angenommen. — Am Freitag, den 3. Januar, abends 6 Uhr, soll im selben Lokal eine Versammlung stattfinden, in der die in der Branche beschäftigten Arbeiterinnen zu dem Kollektivvertrag Stellung nehmen sollen.